

NFP 58 „Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“

Ethnisierung des Politischen und Problematisierung religiöser Differenz

Schlussbericht

Patrik Ettinger / Kurt Imhof

fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich

Andreasstrasse 15

8050 Zürich

044 / 635 21 11

patrik.ettinger@foeg.uzh.ch

kurt.imhof@foeg.uzh.ch

Abstract

Dieser Bericht beschreibt die Konstruktion und die Problematisierung einer muslimischen Minderheit in der Schweiz. Er zeigt, wie - in Abhängigkeit von einer breiten Berichterstattung über Muslime im Kontext internationaler Kriegs- und Terrorereignisse - sich ab 2003 in der Schweiz ein innenpolitischer Diskurs über den Islam entwickelt, in dessen Verlauf die Wahrnehmung muslimischer Akteure zunehmend durch Pauschalisierungen und die Etablierung des Deutungsmusters eines „clash of civilizations“ geprägt wird. Im Zuge dieser Entwicklung werden die ursprünglichen, auf die nationalen Herkunftskontexte der Immigranten bezogenen Typisierungen durch eine religiöse Typisierung überformt und verdrängt. Dadurch wird in der öffentlichen Kommunikation erst eine muslimische Minderheit in der Schweiz geschaffen.

1. Fragestellung und Projektdesign

1.1. Problemaufriss und Fragestellung

Spätestens seit dem Ausgang der Abstimmung über die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ (Minarett-Initiative) ist deutlich: Die Problematisierung der muslimischen Minderheit in der Schweiz in der öffentlichen Auseinandersetzung hat die Wahrnehmung „des Islam“ durch die Bürgerinnen und Bürger beeinflusst. Ängste vor einer vermeintlichen Islamisierung der Schweiz und entsprechende Abwehrreflexe haben das Abstimmungsverhalten geprägt (Vatter et al. 2011).

Die vorliegende Studie zeigt anhand der öffentlichen Kommunikation auf, wie die Muslime in der Schweiz, die bis zum Ende des Kalten Krieges kein Thema politischer Auseinandersetzungen bildeten, im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts als Minderheit „geschaffen“ und problematisiert wurden. Trotz einer Arbeitsmigration von Muslimen in den 1960er und 1970er Jahren und einer Asylmigration von Muslimen in den 1980er und 1990er Jahren, wurden diese Immigranten immer auf der Basis ihrer nationalen Herkunft charakterisiert. Die Religionszugehörigkeit spielte, verglichen mit dem Merkmal der nationalen Herkunft, keine Rolle.¹ In jüngster Zeit tritt jedoch dieses Merkmal hinter die Religion zurück. Der Analyse und Erklärung dieses Phänomens ist dieser Beitrag gewidmet.² Er zeigt die Resultate der Analyse der öffentlichen Auseinandersetzungen und Kampagnen in der leitmedialen Arena der Schweiz seit 1960 und vertiefend zwischen 1998 und 2009 auch in der parlamentarischen Arena. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Genese und die Resonanz von *Deutungsperspektiven* und *Differenzsemantiken*, mit denen muslimische Akteure identifiziert werden.

Dabei stehen folgende *Forschungsfragen* im Zentrum: Wann und unter welchen Voraussetzungen werden muslimische Akteure zu einem wichtigen Thema öffent-

¹ Dies entspricht auch dem Selbstverständnis der „muslimischen“ Immigranten, die sich primär über ihre ethnischen Herkunftskontexte und nicht über ihre Religionszugehörigkeit definierten und entsprechend organisierten (vgl. Belhoul 2005, 2007)

² Hierzu auch Hafez 2002, Schiffer 2005 (Deutschland); Poole 2002, Poole / Richardson 2006, Flood et al. 2008 (Grossbritannien); Peters / Vellenga 2007, d'Haenens / Brink 2007 (Niederlande); Imhof / Schranz 2003, Eisenegger / Udriš 2007, Ettinger / Imhof 2007, Bonfadelli 2007 (Schweiz). Zwei Arbeiten zur Schweiz decken einen längeren Zeitraum ab Ettinger / Udriš 2009, Dolezal et al. 2010.

licher Kommunikation, durch welche Deutungsperspektiven³ (z.B. „clash of civilizations“ „schleichende Islamisierung“ etc.) wird diese Aufmerksamkeitsfokussierung angeleitet, welche Differenzsemantiken bestimmen das Verhältnis zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der muslimischen Minderheit, welche Akteure vermögen ihre Positionen zu etablieren und welchen Einfluss hat dies auf die politische Regulierung? Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, ob und in welchem Ausmass sich über die Zeit eine Vereinseitigung der Deutungsperspektiven und eine Rigidisierung von Differenzsemantiken zeigt, so dass die Angehörigen der muslimischen Minderheiten auf holistische Weise als Nicht-Zugehörige definiert werden.

Um Erklärungen für diese Dynamik zu entwickeln, prüfen wir, inwieweit die Deutungsperspektive des „clash of civilizations“ in die orientierungsstiftende Nachfolge des Blockantagonismus im Kalten Krieg tritt und inwieweit Medienlogiken die problematisierende Thematisierung des Fremden begünstigen.

Hinsichtlich der Lücke, welche die bipolare Deutungsperspektive des Kalten Krieges hinterlässt, interessiert, ob und in welchem Masse – analog zur Etablierung des Kalten Krieges ausgangs des Zweiten Weltkrieges – die Berichterstattung über internationale Vorgänge Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken bereit stellt, die auf die innenpolitische Wahrnehmung übertragen werden. Bezüglich der im Untersuchungszeitraum durch die Kommerzialisierung der Medien veränderten Selektions-, Darstellungs- und Interpretationslogiken wird untersucht, ob sich eine wechselseitig verstärkenden Dynamik von Medienpopulismus und politischem Populismus (Mazzoleni 2003, 2008; Mudde 2004, 2007: 237-255 u. 297-303) bei der Thematisierung muslimischer Akteure respektive des Islam zeigen lässt (vgl. Kap. 2.4 „Forschungshypothesen“). Dies mündet in eine Analyse der Qualität öffentlicher Kommunikation, denn sie ist die unabdingbare Voraussetzung für eine differenzierte Auseinandersetzung, die idealiter zu Ergebnissen führt, die alle beteiligten Akteure als rational begründet einsehen können.

1.2. Projektdesign

Das Projekt gliedert sich in drei aufeinander aufbauende Projektschritte. Der erste Projektschritt liefert anhand einer langen Zeitreihe der wichtigsten Kommunikationsereignisse⁴ in der Schweiz eine erste Darstellung der Dynamik der Thematisierung muslimischer Akteure in der leitmedialen Arena der Deutschschweiz seit 1960; der zweite Projektschritt vertieft diese Analyse ab 1998, indem das untersuchte Sample – unter anderem auch um Medien der französischsprachigen Schweiz – sowie um die parlamentarischen Vorstösse und Debatten erweitert wird; und im dritten Projektschritt erfolgt die Vertiefung durch eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung in ausgewählten Kommunikationsereignissen.

Die drei Projektschritte werden im Folgenden dargestellt:

1. Auf der Basis der wichtigsten zehn Kommunikationsereignisse in Leitmedien der Deutschschweiz⁵ wurden seit 1960 die mediale Aufmerksamkeit für muslimische Akteure und die Deutungsperspektiven, die sich in der Berichterstattung etablieren, erfasst. Mit diesen Beobachtungsdaten können:

³ Die zentralen theoretischen Begriffe in dieser Formulierung der Forschungsfragen werden im Kap. 2 „Theoretische Grundlagen, Operationalisierung der theoretischen Schlüsselbegriffe und Forschungshypothesen“ auf S. 4 erklärt.

⁴ Kommunikationsereignisse sind thematische Sinneinheiten in Form von Beitragsfolgen der Berichterstattung zu demselben Objektbereich.

⁵ In die Analyse einbezogen wurden die Neue Zürcher Zeitung, die Tagwacht (resp. die Berner Zeitung), das Vaterland (resp. die Neue Luzerner Zeitung), der TagesAnzeiger und der Blick.

- a) die Konjunkturen der Thematisierung muslimischer Akteure und die zentralen Deutungsperspektiven, die diese Thematisierungen anleiten, über die Zeit analysiert werden;
 - b) die Umschlagspunkte (sog. Schlüsselkommunikationsereignisse) in der Wahrnehmung muslimischer Akteure erfasst werden.
2. Für den Zeitraum von 1998 bis 2009 wird das Sample der Leitmedien erweitert⁶ und der Filter der jeweils zehn grössten Kommunikationsereignisse eliminiert, so dass auch Kommunikationsereignisse, die weniger Aufmerksamkeit fanden, einbezogen werden können. Zusätzlich werden auch die hinsichtlich der muslimischen Minderheiten relevanten parlamentarischen Debatten und Vorstösse erfasst. Diese Erweiterung der Datenbasis ermöglicht es:
- c) den Transfer von Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken, die sich in internationalen Schlüsselkommunikationsereignisse etablieren, auf die Thematisierung der muslimischen Minderheiten in der Schweiz zu beobachten und die Akteure zu bestimmen, die diesen Transfer vorantreiben;
 - d) die wechselwirksame Dynamik der Problematisierungen der muslimischen Minderheiten in der öffentlichen Kommunikation und im politischen Entscheidungsfindungsprozess zu beschreiben.
3. Auf der Basis der ersten beiden Projektschritte können jene Kommunikationsereignisse bestimmt werden, an denen exemplarisch die Konstitution und Problematisierung der muslimischen Minderheit in der Schweiz gezeigt werden kann. Sie bilden im dritten Projektschritt die Basis der Inhaltsanalyse. Um festzustellen, wie sich diese Dynamik auf die politische Entscheidungsfindung auswirkt, werden auch die parlamentarischen Vorstösse und Debatten ab 1998, in denen muslimische Akteure thematisiert werden, in diese Inhaltsanalyse einbezogen. Die Kategorien dieser Inhaltsanalyse sind die dominanten *Deutungsperspektiven*, unter denen die Medien wie die in den Medien zu Wort kommenden Akteure die Vorgänge interpretierten, die *Differenzsemantiken* und *Typisierungen*, mit denen muslimische Akteure belegt wurden sowie *Indikatoren zum Berichterstattungsanlass und Berichterstattungsstil*, die Rückschlüsse auf die Auswirkungen der veränderten medialen Selektions-, Interpretations- und Darstellungslogiken auf die Berichterstattung zulassen. Mit diesen inhaltsanalytisch gewonnenen Daten konnten:
- e) die zentralen Deutungsperspektiven in den jeweiligen Kommunikationsereignisse mit denjenigen Akteuren verknüpft werden, die Definitionsmacht erreichten;
 - f) die verwendeten Differenzsemantiken analysiert werden, die die muslimischen Akteure als Entität identifizieren. Von besonderem Interesse ist hierbei, wann, in welchem Ausmass und durch welche Akteure es zu einer Essentialisierung kommt;

⁶ Das Mediensample umfasst nun die Neue Zürcher Zeitung, die Berner Zeitung, die Neue Luzerner Zeitung, den Tages-Anzeiger und den Blick, den SonntagsBlick und die SonntagsZeitung, die Weltwoche und die Wochenzeitung (WoZ) sowie für die Romandie Le Temps, Le Matin und Tribune de Genève und die beiden wichtigsten Informationsgefässe von SF DRS Tagesschau und 10vor10.

- g) die medialen Selektions- und Interpretations- und Darstellungslogiken rekonstruiert und die Interdependenzen zwischen Medienpopulismus und politischem Populismus gezeigt werden;
- h) die Qualität resp. Diskursivität der medienvermittelten Kommunikation über die muslimische Minderheit in der Schweiz erfasst werden;
- i) die Bezüge zwischen der medienvermittelten Kommunikation und parlamentarischen Vorstössen und Debatten eruiert werden.

Durch diese drei Projektschritte lassen sich somit die Konjunkturen, die Akteure und die Formen der Problematisierung der Muslime nachzeichnen. Ausserdem können mit Bezug auf die Rechtssetzungsprozesse und die Erfolge an der Urne auch Aussagen zur politischen Wirksamkeit dieses Problematisierungsvorgangs gemacht werden.

2. Theoretische Grundlagen, Operationalisierung der theoretischen Schlüsselbegriffe und Forschungshypothesen

Den Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen zu den theoretischen Grundlagen dieses Forschungsprojekts bildet die Einsicht in die Bedeutung öffentlicher Kommunikation für die Intersubjektivierung und Durchsetzung politisch relevanter Deutungen. In der öffentlichen Kommunikation etablierte Deutungsperspektiven lenken die Aufmerksamkeit auf spezifische Aspekte (z.B. Terror), unter denen muslimische Akteure wahrgenommen werden, und mittels Differenzsemantiken wird die muslimische Minderheit in der Schweiz erst als solche konstituiert und ihr Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft problematisiert. Auf dieser Grundlage werden die zwei Begriffe Deutungsperspektive (Kap. 2.1) und Differenzsemantiken (Kap. 2.2) in Hinblick auf ihre Bedeutung für den Untersuchungsgegenstand bestimmt und auf einander bezogen. Anschliessend wird die Operationalisierung dieser Termini beschrieben (Kap. 2.3), und schliesslich werden die Forschungshypothesen formuliert (Kap. 2.4).

5

2.1. Deutungsperspektiven im sozialen Wandel

Die öffentliche Kommunikation ist neben Abfolgen von Kommunikationsereignissen durch konkurrenzierende *Deutungsperspektiven* geprägt. Indem Deutungsperspektiven Vorgänge in der Welt im Sinne einer Rahmung⁷ hervorheben, verschaffen sie diesen Aufmerksamkeit und Sinn. Das Konzept der „issue ownership“⁸ bei innenpolitisch relevanten Kommunikationsereignissen markiert den Kampf um Definitionsmacht im öffentlichen Raum, die sich im Parlament und an den Urnen in politische Macht und über Rechtssetzungsprozesse in administrative Macht verwandelt.⁹

⁷ Diese Formulierung verdeutlicht die grundsätzliche Verwandtschaft des Konzepts der Deutungsperspektiven mit dem des framing (vgl. hierzu Entman 1993).

⁸ Zum Konzept des issue ownership vgl. Ansolabehere / Iyengar 1994; Walgrave et al. 2009 sowie für die Schweiz Haenggli / Kriesi 2010.

⁹ Zu einer konfliktsociologischen Begründung der Durchsetzung von Deutungsperspektiven vgl. Hirschman 1994 und Imhof 1993, 2010.

Die wirkmächtigste Durchsetzung einer weltumspannenden Deutungsperspektive mit scharfen Differenzsemantiken und einer entsprechend hohen Binnenintegration der beiden Konfliktlager stellt der Kalte Krieg dar. In ihm etablierte sich ein „Dualismus, der, indem die Zeitgenossen sich seiner bemächtigen zu müssen glaubten, um die Welt zu strukturieren, sich ihrer selbst bemächtigte und über rigide *Differenzsemantiken* die Bewusstseins- und Gesellschaftsstrukturen einer bipolaren Welt generierte“ (Imhof 1996: 175). Diese bipolare Welt orientierte mit den „fünften Kolonnen“ auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen und prägte insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren die Programmatik aller Volksparteien. Diese Deutungsperspektive starb mitsamt dem „battle of the systems“ nach der Zeitenwende zu Beginn der 1990er Jahre einen langsamen Tod und hinterliess ein Orientierungsvakuum, das zu einer Konkurrenz verschiedener neuer Weltordnungsentwürfe unter Einschluss neoklassisch begündeter Ordnungskonzepte, die friedlicher Marktregulation auf Kosten der politischen Regulation der Gesellschaft wesentlich mehr Geltung verschafften, gleichzeitig aber auch einem tradierten sicherheits- und neutralitätspolitischen Selbstverständnis Geltung entzogen, führte. Neben dem Konzept einer friedlichen neuen Weltordnung auf der Basis natürlicher Marktkräfte jenseits des Gleichgewichts des Schreckens bildete früh das Konzept eines grundsätzlichen „*clash of civilizations*“ (Huntington 1993) zwischen einer aufgeklärt-christlichen und einer fundamentalistisch-östlichen, islamischen Kultur in den Feuilletons westlicher Medien eine funktionsadäquate Aufteilung der Welt, die um politische Geltung kandidierte. Die Karriere dieser Deutungsperspektive einer grundsätzlichen und bedrohlichen Differenz zwischen westlichen, christlichen, schweizerischen Werten einerseits und muslimischen Werten andererseits wird in dieser Studie nachgezeichnet.

2.2. Differenzsemantiken

Der analytische Zugang über *Differenzsemantiken* erfolgt aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die Konstruktion von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit zu einem Loyalitätsverband. „Über resonanzreiche Akteure kandidieren problematisierte sozialstrukturelle Differenzierungsbeschreibungen von Segmenten, Schichten [...] sowie Teilsystemen in Form von Differenzsemantiken um Aufmerksamkeit, bedrängen sich dabei gegenseitig [oder überlagern sich] und verwandeln sich in der öffentlichen Kommunikation in politisch relevante Selbst- und Fremdbeschreibungen von Segmenten, Straten, Institutionen oder Teilsystemen mitsamt ihren temporalen Indexierungen“ (Imhof 2008: 241). Deutungsperspektiven werden damit auch durch ihre Differenzsemantiken begründet.

In der öffentlichen Kommunikation erhalten, in der Regel vermittelt durch soziale Bewegungen und Protestparteien, spezifische Differenzsemantiken Definitionsmacht; diese wandeln sich, wenn sie die politische Agenda zu bestimmen vermögen, im politischen System in politische Macht, und schliesslich werden über administrative Macht und die Sprache des Rechts neue Sozialstrukturen generiert. Differenzsemantiken können sich auf diese Weise zu sozialstrukturellen *cleavages*¹⁰ verdinglichen.

In den sozialwissenschaftlichen Theorien der Differenzierung des Sozialen werden die funktionale, die stratifikatorische und die segmentäre Differenzierung unter-

¹⁰ Zum politikwissenschaftlichen Konzept der *cleavages* vgl. grundlegend Lipset / Rokkan (1967); zur Adaption dieses Konzepts auf die aktuelle Entwicklung in der Schweiz vgl. Kriesi et al. (2006).

schieden.¹¹ Kulturwissenschaftliche Differenzierungstheorien fokussieren zusätzlich auf temporale Differenzsemantiken in der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit in Gestalt von Narrativen, die Identität und Alterität historisch voneinander absetzen. Alle diese Differenzierungen des Sozialen dienen sowohl der Beobachtung und Beschreibung der Sozialstruktur als auch, in Gestalt von Differenzsemantiken, der Konstitution von Identität und Alterität. In empirischer Hinsicht kann dies genutzt werden, um die Intensität und vor allem die Kombination von Differenzsetzungen in und über die Zeit zu messen. Dabei gilt es festzustellen, dass diese Differenzierungsdimensionen selbstverständliche lebensweltliche Orientierungsmittel sind, die unsere Beobachtungsleistungen der Sozialstruktur wie die identifikativen Zuordnungen in unseren Handlungssituationen steuern. Das Wissen um die Arbeitsteilung (der Basis der funktionalen Differenzierung), um ein soziales „Oben“ und „Unten“ (stratifikatorische Differenzierung), um segmentäre Unterscheidungen der Herkunft und der Religion und die temporale Indexierung von Unterscheidungen in Gestalt von Narrativen und Ursache-Wirkungserklärungen sind basale und sehr effektive Orientierungsmittel in einer komplexen Welt.

Das bedeutet auch, dass das Auftreten von Differenzsemantiken kein hinreichendes Indiz für Xenophobie ist. Dispositionen der Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit unterscheiden sich von der beschriebenen basalen Orientierungsfunktion von Differenzsemantiken durch die *Kumulation von Differenzsemantiken mit Bezug auf eine Fremdgruppe*. Mit anderen Worten: In der vollständig ausdeklinierten Form – wie z.B. in der nationalsozialistischen Rassenlehre – wird Alterität in funktionaler, stratifikatorischer, segmentärer und temporaler Hinsicht bestimmt.¹² Erst solche Kumulationen von Differenzsemantiken führen zu einer Essentialisierung von Differenz; sie unterscheiden also orientierungsstiftende, alltagsrelevante Differenzierungen von Fremdenfeindlichkeit und Fremdenangst. Auf der Basis dieser Heuristik sprechen wir von *rigiden* Differenzsemantiken, wenn sich mehrere Typen von Differenzsemantiken in der Konstruktion des Nicht-Zugehörigen überlagern und dadurch so essentialisieren, dass Nicht-Zugehörige auf holistische Weise definiert werden, so dass die Veränderbarkeit dieses Status als nicht oder kaum möglich erscheint.¹³

Diese Theorie der Differenzierung des Sozialen lässt sich operationalisieren und auf die medienvermittelte und die parlamentarische Kommunikation über Muslime in einer diachronen Untersuchung anwenden.

Eine solche Untersuchung muss den Wandel der öffentlichen Kommunikation selbst berücksichtigen. Dies geschieht in Gestalt der Theorie des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit, d.h. der Entbettung der Medien von ihren traditionellen Trägerorganisationen, ihre Kommerzialisierung und die Herausbildung neuer Selektions-, Interpretations- und Darstellungslogiken (Münch 1997; Jarren 1998; Blumler / Kavanagh 1999; Marcinkowski et al. 2001; Meier / Jarren 2001; Imhof 2003; Hallin 2008). Dieser neue Strukturwandel der Öffentlichkeit vollzog sich in der Schweiz insbesondere seit den 1980er Jahren. Postuliert wird, dass diese neuen Medienlogiken politischen Akteuren, die radikale Deutungsperspektiven mit rigiden Differenzsemantiken verwenden, bessere Diffusionschancen verschaffen.

¹¹ Das gilt schon für die Klassiker. Vgl. Durkheim 1977, Weber 1985 oder Parsons 1976.

¹² In der Konstruktion der „goldenen Internationalen“ in den 1930er Jahren ist die Differenz zwischen „eigen“ und „fremd“ ethnisch essentialisiert. Gleichzeitig haben wir es mit einer stratifikatorischen Differenzsemantik und über die Konfundierung des „Judentums“ mit der Finanzindustrie mit einer funktionalen Differenzsemantik zu tun. Schliesslich wird diese ideologische Konstruktion über temporale Differenzsemantiken zu einer rassenbiologisch argumentierenden Geschichtsphilosophie (vgl. Imhof 2008, S. 256).

¹³ Vgl. zu einer detaillierten Auseinandersetzung mit den sozial- und kulturwissenschaftlichen Theorien der Differenzierung Imhof 2008, S. 235-260.

2.3. Operationalisierung der theoretischen Schlüsselbegriffe

Im dreigliedrigen, vom Überblick zur Detailanalyse fortschreitenden Projektdesign werden die Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken in den ersten beiden Projektschritten auf der Ebene der zu Kommunikationsereignissen gebündelten Berichterstattungsketten und im dritten Projektschritt auf der Ebene der einzelnen Beiträge erfasst.

Die Basis für die Analyse der Deutungsperspektiven in den ersten beiden Projektschritten bildeten Zusammenfassungen der jeweils ein Kommunikationsereignis ausmachenden Berichterstattungsketten. Von Interesse waren die die Berichterstattung steuernden Interpretationen. Zeigt sich im Vergleich der Kommunikationsereignisse über die Zeit, dass sich in einem resonanzstarken Kommunikationsereignis eine spezifische Deutungsperspektive ausbilden kann, die auch die zeitlich folgenden Kommunikationsereignisse prägt, so sprechen wir von einem Schlüsselkommunikationsereignis (vgl. Brosius / Eps 1993; Esser et al. 2002; Rauchenzauner 2008).

Für die vertiefende Analyse im dritten Projektschritt wurden die Deutungsperspektiven auf der Ebene der einzelnen Beiträge zusammen mit dem sie jeweils vertretenden Akteur inhaltsanalytisch erfasst. Dabei wurde zwischen der Deutungsperspektive, unter der die Medienakteure den Bericht verfassen, und den maximal drei erfassten Deutungsperspektiven unterschieden, mit denen die Akteure, denen die Medien Resonanz geben, den im Bericht geschilderten Sachverhalt interpretieren. Erfasst wurde in diesem doppelten Zugang auch, ob Deutungsperspektiven durch die Akteure gestützt oder bestritten werden.

Die Differenzsemantiken wurden in einem zweistufigen Verfahren erfasst. In einer ersten Stufe wurde für jeden Beitrag eruiert, ob er funktionale, stratifikatorische, segmentäre oder temporale Differenzsemantiken beinhaltet respektive ob eine Kombination dieser Differenzsemantiken vorliegt. Aus den Kombinationen lässt sich die Rigidität der verwendeten Differenzsemantiken erschliessen. In einem zweiten Schritt wurde inhaltsanalytisch anhand des Pauschalisierungsgrades der Typisierungen erhoben, ob die muslimischen Akteure differenziert wahrgenommen werden (konkrete Organisationen, Gruppen etc.) oder ob sich pauschalisierende Aussagen über „die Muslime“ respektive „den Islam“ in der Berichterstattung durchsetzen (individualisierte oder pauschalisierende Typisierungen). Diese Typisierungen wurden zudem danach unterschieden, ob sie gegenüber den typisierten muslimischen Akteuren Distanz oder Empathie erzeugen (Eisenegger / Udris 2007). Die Häufigkeit rigider Differenzsemantiken, die zudem pauschalisierend auf Muslime schlechthin respektive auf den Islam bezogen sind, bildet damit ein Mass für die semantische Ausgrenzung der muslimischen Minderheit in der Schweiz. Durch die Erfassung der typisierenden Akteure konnte zudem eruiert werden, wer pauschalisierende Zuschreibungen und rigide Differenzsemantiken gegenüber muslimischen Akteuren in der öffentlichen Kommunikation vertritt.

2.4. Forschungshypothesen

Wie aus den Forschungsfragen und dem Projektdesign sowie aus der theoretischen Fundierung deutlich wurde, interessiert sich dieses Projekt für die Ausprägungen und die *Opportunitätsstrukturen der Problematisierungen des Fremden* in Form der muslimischen Minderheit der Schweiz. Durch welche Faktoren kann erklärt werden, dass aus heterogenen und in ihrem Selbstverständnis wie in der massenmedial vermittelten Wahrnehmung ursprünglich durch ethnische Herkunftskontexte

bestimmten Migrationspopulationen eine *muslimische Minderheit* konstruiert wird, die zunehmend als Problem, ja als Bedrohung wahrgenommen wird? Gleitet wird das Projekt durch die folgenden drei Forschungshypothesen:

1. *In der öffentlichen Kommunikation der Schweiz können sich nach 9/11 die Kerngehalte der These des „clash of civilizations“ aus dem Jahre 1993 sukzessive etablieren. Dadurch setzt sich – wenn auch nicht mit derselben orientierungsstiftenden Kraft – nach der Ära des Kalten Krieges wieder ein funktional äquivalenter Dualismus durch.*
2. *Die Etablierung dieses neuen Bedrohungsbildes wird wie im Kalten Krieg primär durch internationale Kommunikationsereignisse angeleitet. Diese Kommunikationsereignisse prägen die Aufmerksamkeitskonjunkturen, die Deutungsperspektiven und das Set der Differenzsemantiken. Entscheidend für die Durchsetzung eines Widerspruchs zwischen westlichen, christlichen, schweizerischen Werten und muslimischen Werten in der Schweiz sind jedoch innenpolitische Kommunikationsereignisse und nationale Akteure.*
3. *Das Zusammenspiel von Medienpopulismus und politischem Populismus schafft Opportunitätsstrukturen für eine komplexitätsreduzierende und konfliktstilisierende Kommunikation über Minderheiten.*

3. Gewonnene neue Ergebnisse

Die im ersten Projektschritt durchgeführte Längsschnittanalyse der medial vermittelten politischen Kommunikation der Schweiz seit 1960 auf der Basis der jeweils zehn grössten Kommunikationsereignissen pro Medium und Jahr ermöglicht die Erfassung jener Kommunikationsereignisse, in denen muslimische Akteure resonanzstark thematisiert werden. In allen diesen Kommunikationsereignissen wurden die dominanten Deutungsperspektiven eruiert. Dies bildet die Basis der Analyse der Karriere der dualistischen These des „clash of civilizations“ (Hypothese 1) einerseits und der Bedeutung von Schlüsselkommunikationsereignisse für die Etablierung von Differenzsemantiken (Hypothese 2) andererseits. Die Überprüfung der dritten Hypothese (katalytischer Effekt des Zusammenspiels von Medienpopulismus und politischem Populismus) erfolgt auf der Basis der Inhaltsanalysen in Kap. 3.4.

3.1. Dynamik der Aufmerksamkeit für muslimische Akteure

Die Analyse der jeweils zehn grössten Kommunikationsereignisse pro Medium und Jahr, in denen muslimische Akteure thematisiert werden, zeigt, dass erstmals mit der „Iranischen Revolution“ 1979 *muslimische* Akteure breite Resonanz in der medialen Arena der Schweiz erzielen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird über muslimische Akteure nur sehr vereinzelt anlässlich der Bürgerkriege in Biafra 1969 und im Libanon 1976 berichtet (vgl. Graphik 1). Die sich in diesen Bürgerkriegen manifestierende religiöse Komponente des Konflikts wird als vormodernes Relikt interpretiert und kaum thematisiert.

Dagegen rückt die Berichterstattung über die „Iranische Revolution“ 1979 erstmals die Aufmerksamkeit auf Muslime und den Islam an sich. Nachdem die Rückkehr Ayatollah Khomeinis und seine Rolle als Führer der Revolution anfänglich zurückhaltend bewertet werden, häuft sich gegen Ende des Jahres Kritik an der religiösen

Fundierung des neuen Iran. Die sozialdemokratische *Tagwacht* kritisiert die Entwicklung Irans zu einer Theokratie (16.10.) und der *Blick* charakterisiert die islamische Revolution als im Kern "nicht nur antiamerikanisch, sondern zutiefst antieuropäisch" und prophezeit ihre Ausweitung „bald in alle islamische(n) Staaten“ (22.11.). Mit Ausnahme des *Blick* findet sich in der Berichterstattung über die Iranische Revolution und die Geiselnahme in der US-Botschaft noch kaum eine Differenzsemantik im Sinne eines grundsätzlichen Wertekonfliktes zwischen einem fundamentalistischen Islam und westlich-demokratischen Überzeugungen. Dies liegt erstens am kritischen Bezug zur Rolle der USA bei der Unterstützung des Schah-Regimes, zweitens an der Interpretation des Iranisch-Irakischen Krieges¹⁴ unter der Perspektive der Eindämmung des politischen Islams und vor allem drittens an der Renaissance des Ost-West-Konflikts ab Ende 1979 (Afghanistan-Krieg).

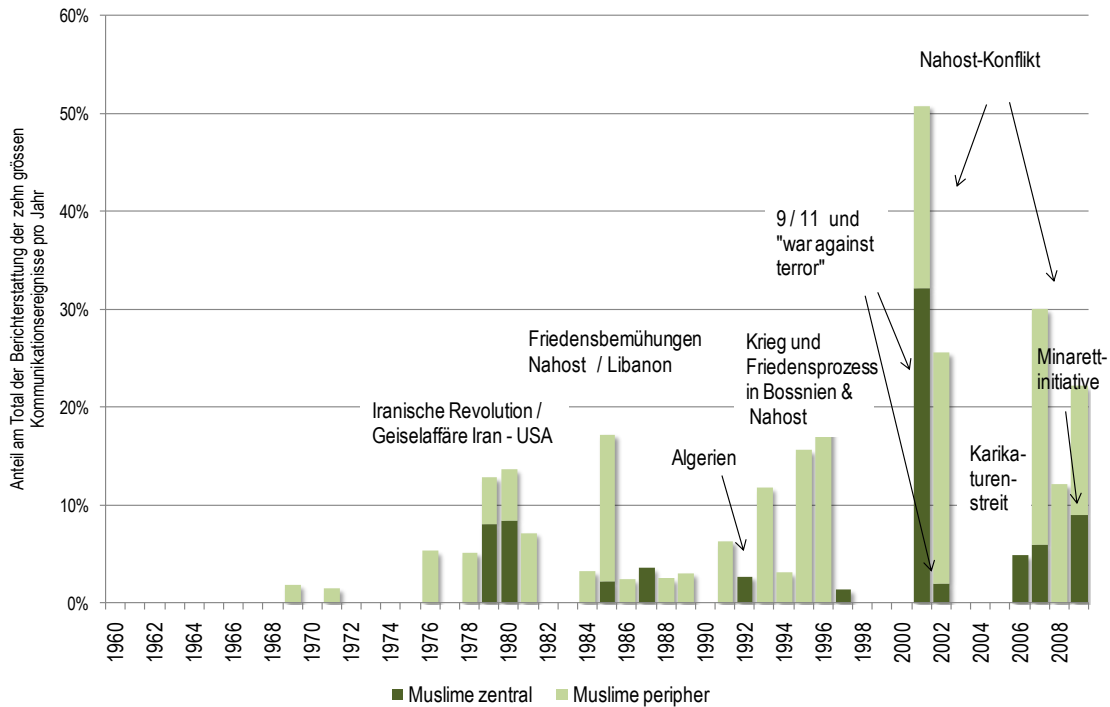
Die Bedeutung des Ost-West-Gegensatzes als zentrale Deutungsperspektive in der Renaissance des Kalten Krieges zu Beginn der 1980er Jahre zeigt sich am deutlichsten daran, dass in der Berichterstattung über den Afghanistankrieg der zentrale Faktor der Religion bei den gegen die sowjetische Armee kämpfenden Gruppierungen kaum thematisiert wird. Betont wird vielmehr ihre Bedeutung für den internationalen Kampf gegen die sowjetische Hegemonie. Ein neuer geopolitischer Dualismus zwischen einem fundamentalistischen Islam und dem Westen hat neben dem Ost-West Konflikt keine Chance.

Die Bedeutung des Weltbildes des Kalten Krieges zeigt sich auch am Nahostkonflikt. Bis in die späten 1960er Jahre wurde der Nahostkonflikt ausschliesslich im Rahmen des Ost-West-Dualismus interpretiert, wobei Israel als bedrohter „Vorposten der Westlichen Welt“ und als „David“ gegen den arabischen und sowjetisch unterstützten „Goliath“ uneingeschränkte Empathie genoss, während die PLO als „verlängerter Arm Moskaus“ für das Böse stand. Dieses Deutungsmuster war ein genuin politisches, d.h. religiöse Herkunftskontexte hatten für die Interpretation des Konfliktes wie der Konfliktparteien keinerlei Bedeutung. Nur dadurch, dass in den 1970er Jahre im Kontext der 68er Bewegung, der Ostverträge und des Helsinki-Abkommens die bis dahin dominante Deutungsperspektive des Ost-West-Gegensatzes im Westen durch die alternative Deutungsperspektive des Nord-Süd-Gegensatzes herausgefordert wurde, konnten im Nahostkonflikt auch andere Narrative entstehen: So wurde die PLO im *Tages-Anzeiger* nach dem israelischen Einmarsch im Libanon 1982 zum neuen David und Israel entsprechend zum Goliath, während die *NZZ* dem Ost-West-Dualismus verhaftet blieb.¹⁵ In der Berichterstattung über den Libanonkrieg und seine Folgen finden nun erstmals auch Rekurse auf den jüdischen und den muslimischen Hintergrund der Konfliktparteien Eingang in die Berichterstattung, doch bleibt die Deutung als genuin politischer Konflikt, der durch säkulare Ideologien legitimiert und durch Interessengegensätze getrieben wird, weiterhin dominant.

¹⁴ Der von September 1980 bis August 1988 andauernde Krieg zwischen dem Irak und dem Iran erzielt nur 1984 und 1987 so viel Resonanz, dass er unter die zehn grössten Kommunikationsereignisse kommt (vgl. Graphik 1).

¹⁵ Entsprechend bleibt die ursprüngliche Deutungsperspektive, die den Nahostkonflikt im Rahmen des Kalten Krieges interpretiert, weiterhin wirkmächtig. Die Beurteilung der Rolle Israels im Nahostkonflikt bleibt während der 1980er Jahre ambivalent. Entscheidend hierfür ist die Rückbindung an die orientierungsstiftenden geopolitischen Konfliktlinien in der Renaissance des Kalten Krieges seit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979..

Graphik 1: Dynamik der Aufmerksamkeit für muslimische Akteure in Leitmedien der Deutschschweiz 1960-2009



Die Darstellung zeigt die Resonanz von Kommunikationsereignissen (KE), in denen muslimische Akteure zentral oder peripher thematisiert werden. Die Basis bilden die jeweils zehn grössten KEs in fünf Leitmedien der Deutschschweiz.

Lesebeispiel: Im Jahr 1992 findet sich der Konflikt zwischen den Militärs und der FIS in Algerien nur in der NZZ unter den zehn grössten Kommunikationsereignissen. Die 22 Berichte dieses KE entsprechen 2.7% aller Berichte in den zehn grössten KEs der fünf Leitmedien. Weil in dieser Berichterstattung die Auseinandersetzung mit dem Islamismus prominent erfolgt, wurde das KE als „Muslime zentral“ erfasst.

In den frühen 1990er Jahren im Kontext des Zerfalls der KPdSU, des Putsches gegen Gorbatschow 1991, des Machtkampfes Jelzins mit dem Parlament (1992, 1993) sowie des ersten Golfkrieges gegen das säkulare irakische Regime und der entsprechenden Entspannung des Verhältnisses des Westens zum neuen Iran bleibt der Ost-West-Dualismus bis in die sicherheitspolitischen Debatten in der Schweiz hinein (FA 16 Abstimmung 1994) eine weiterhin bestimmende geopolitische Orientierung. Freilich begleitet durch euphorische Erwartungen auf eine neue friedliche Weltordnung im Zeichen einer ökonomischen Globalisierung und des relativen Bedeutungsverlustes von Nationalstaaten und entsprechenden Ideologien, etwa in Gestalt der These eines „Endes der Geschichte“ (Fukuyama 1992). Zudem reformulierte Samuel P. Huntington die alte Perspektive des „clash of civilizations“ erstmals 1993 in der Zeitschrift *Foreign Affairs* mit Blick auf die Weltordnung nach dem Kalten Krieg und löste damit eine lang anhaltende weltweite Feuilletondebatte mit viel Widerspruch aus. Diese Gemengelage von Weltordnungskonzepten in den 1990er Jahren zeigt sich noch in der Berichterstattung über die Konflikte in Bosnien-Herzegowina, im Bosnien-Krieg 1993 und in den Bürgerkriegen in Ex-Jugoslawien 1995 und 1996, in denen sich der Westen und Russland gegenüberstanden und Muslime in der Perspektive des Ost-West-Dualismus vorwiegend als Opfer des staatssozialistischen und nationalistischen Milosevic-Regimes thematisiert werden. Die einst bestimmende Deutungsperspektive des Ost-West-Dualismus stirbt in den 1990er Jahren einen langsamen Tod.

Im Rahmen dieser Gemengelage von Weltordnungskonzepten thematisiert die *NZZ* nach 1979 den Islamismus erst wieder 1992 anlässlich der Berichterstattung über die bürgerkriegsähnlichen Konflikte zwischen den Militärs und der Front Islamique du Salut (FIS) in Algerien grundsätzlich (vgl. Graphik 1). Im Unterschied zur Berichterstattung über den Afghanistankrieg während der 1980er Jahre steht nun die *NZZ* der Machtübernahme eines dezidiert muslimischen Akteurs kritisch gegenüber und reflektiert diese Furcht vor dem Islamismus explizit in Analogie zum Kommunismus im Kalten Krieg.¹⁶

In der Berichterstattung zum Nahost-Konflikt steigt nach dem faktischen Ende des Kalten Krieges und in der Periode der Konkurrenz von Weltordnungsmodellen die Erwartung an eine Lösung dieses Gegensatzes. Diese Erwartung wird durch die Wahl Rabins 1992 und das Oslo Abkommen für eine palästinensische Teilautonomie 1993 genährt. Allerdings wird der Friedensprozess schon 1996 als stark gefährdet wahrgenommen und gleichzeitig immer mehr mit Bezug auf religiöse Radikalisierungen thematisiert. Torpediert werde er sowohl durch den nach der Wahl Netanyahus im Mai 1996 gestiegenen Einfluss der jüdischen Siedler als auch durch den Terror fundamentalistischer palästinensischer Akteure. Die Wahrnehmung einer beidseitigen religiösen Radikalisierung gilt insbesondere für die Berichterstattung in den Jahren 2000 bis 2002, die im Zeichen des Gangs von Ariel Sharon auf den Tempelberg im September 2000 und der darauf folgenden Al-Aksa-Intifada steht. Die Berichterstattung ist nun geprägt durch eine verstärkte Kritik an jüdischen (also nicht israelischen) Akteuren, die durch die Regierung und jüdische Siedler verkörpert werden. Mithin werden für die erneute Intensivierung des Nahostkonfliktes fundamentalistische, d.h. nicht kompromissbereite Kräfte auf beiden Seiten verantwortlich gemacht. Der Bau von Sperranlagen an den Grenzen, das Scheitern der Road Map für den Friedensprozess sowie der Libanon- und der Gazakrieg halten den Nahostkonflikt auch in den folgenden Jahren auf den vordersten Plätzen der aussenpolitischen Medienagenda. Allerdings kann sich nicht zuletzt aufgrund der Interpretation einer auf beiden Seiten wirkenden fundamentalistischen Gesinnungsethik im Nahen Osten die These des „clash of civilizations“ als neue geopolitische Deutungsperspektive nicht durchsetzen. Die Interpretation des Nahostkonfliktes als Teil des „clash of civilizations“, die von Exponenten der israelischen und der amerikanischen Regierung vertreten wird, erreicht in der Berichterstattung der Schweizer Medien wenig Geltung. Allerdings setzt sich im Zuge der beiden Schlüsselereignisse des Gangs Sharons auf dem Tempelberg im September 2000 und der darauf folgenden Al-Aksa-Intifada die Einsicht durch, dass der Nahostkonflikt eine wichtige Funktion für die Radikalisierung des Islam zum Islamismus habe.

3.1.1. Neuer Dualismus

Die für die Aufmerksamkeitsfokussierung auf muslimische Akteure und die Etablierung der Deutungsperspektive eines „clash of civilizations“ zentrale Schlüsselkommunikationsereignisse bilden erst die Anschläge in den USA am 11. September 2001 und die Reaktion der Administration Bush („war on terror“). Mit diesen Kommunikationsereignissen steigt die Aufmerksamkeit, welche die Leitmedien muslimischen Akteuren zukommen lassen, so sprunghaft an, dass sie die Agenda aller untersuchten Medien dominieren. Zudem erhält nun der Islamismus mit Osama bin

¹⁶ „Ein ähnliches Denkmuster wie zu Zeiten des kalten Krieges, als es galt, der roten Gefahr Einhalt zu gebieten, veranlasste den Westen im Januar, den maskierten Putsch der algerischen Generäle, der zur Ausschaltung der FIS führte, vorsichtig gutzuheissen.“ (*NZZ*, 1. Juli 1992).

Laden ein Gesicht, das – in Analogie zum Zentralsekretär der KPdSU im Kalten Krieg – für das Böse an sich steht. Allerdings setzt sich die Deutungsperspektive des „clash of civilizations“ nur verzögert durch, da sie als Ordnungskonzept der Weltgesellschaft nach 9/11 vor allem vor dem Hintergrund der stark kritisierten Kreuzzug-Rhetorik der Administration Bush diskutiert wird. Die Analogie der westlichen Kriegsführung mit den Kreuzzügen dementiert die These vom grundsätzlichen Widerspruch zwischen einer säkularen und einer sakralen Zivilisation. Ebenso wenig wie sich die These eines grundsätzlichen Widerspruchs zwischen einer islamischen bzw. einer westlichen Welt in der internationalen Berichterstattung durchsetzen kann, gelingt es nationalen Akteuren mit diesem Gegensatz und einer entsprechenden Kollektivtypisierung der Muslime in der Schweiz in den Abstimmungen über die Änderung des Kirchengesetzes im Kanton Zürich (30. November 2003) und über die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der zweiten und dritten Generation (26. September 2004) nachhaltige Resonanz in der öffentlichen Kommunikation zu erzielen. Erst mit den Anschlägen von Madrid 2004 und London 2005 (beide nicht unter den grössten zehn Kommunikationsereignissen der entsprechenden Jahre) und vor allem mit der Berichterstattung über die Proteste gegen die Veröffentlichung von zwölf Mohammed-Karikaturen in der dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* 2006 ergeben sich die Opportunitätsstrukturen, die es schweizerischen politischen Akteuren – insbesondere Exponenten der SVP – sowie Medienakteuren (*Weltwoche*, *SonntagsBlick*) erlauben, der Problematisierung von Muslimen und des Islam an sich Resonanz zu verschaffen. In diesem Kontext wird im Wahljahr 2007 die Minarett-Initiative lanciert. Sie dominiert die weitere Auseinandersetzung mit der muslimischen Minderheit in der Schweiz bis zum Höhepunkt der Berichterstattung in den Monaten vor und nach der Abstimmung 2009 und 2010 (vgl. Graphik 2 und Kap. 3.3.3).

Damit lässt sich hinsichtlich der muslimischen Minderheit in der Schweiz ein erster Befund auf der Basis der resonanzstärksten Kommunikationsereignisse seit 1960 festhalten: Die Rekrutierung von Arbeitsmigranten aus der Türkei und aus Jugoslawien in den 1960er und 70er und auch noch in den 80er Jahren wurde nicht als Zuwanderung von „Muslimen“ wahrgenommen und war kein Thema der öffentlichen Kommunikation, und selbst die Aufnahme zahlreicher Kriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren wurde nicht unter der Perspektive ihrer Religionszugehörigkeit diskutiert. Bei diesen Immigranten dominierte das Merkmal der nationalen Herkunft die Berichterstattung.

Die These des „clash of civilizations“, d.h. die Propagierung einer Konfrontation zwischen einer aufgeklärten, säkularen und einer vormodernen, sakralen Zivilisation und einer grundsätzlichen Bedrohung durch den Islam, gewann sukzessive an Resonanz nach 9/11 durch die Anschläge in Europa und durch den Karikaturenstreit. Es zeigt sich, dass insbesondere der Karikaturenstreit zu nachhaltigen innenpolitischen Anschlusskommunikationen führte, die eine grundsätzliche Inkompatibilität religiöser Werte *des Islam* mit dem schweizerischen Selbstverständnis und schweizerischen Institutionen behaupteten. Erst dadurch wurde die Herkunftstypisierungen von Immigrantengruppen (etwa als Kosovo-Albaner) durch das religiöse Merkmal ihrer Religionszugehörigkeit überformt. Auf dieser Basis entwickeln sich die Wahrnehmung einer demographisch wachsenden muslimischen Minderheit, die Unterstellung von Handlungsmotiven dieser Minderheit und die Perhorreszierung einer schleichenden Islamisierung der Schweiz. Obwohl politische Akteure bereits ab 2003 mit der Kollektivtypisierung der Muslime in der Schweiz arbeiteten, also einen Transfer der Deutungsperspektive und der Differenzsemantiken aus der internationalen Berichterstattung über muslimische Akteure in die innenpolitische Auseinandersetzung unternahmen, verschaffte dieser Perspektive erst der Karikaturenstreit den geeigneten Kontext. Dies führt dann zur grundsätzlichen Problemati-

sierung des Islam/der Muslime *in der Schweiz* und zu Forderungen nach politischer Regulierung. In der Debatte um die Minarettinitiative ab 2007 wurde diese Problematisierung wie die Kollektivtypisierung mehrheitsfähig (vgl. Kap. 3.3.3 und 3.5).

3.2. Übertragung von Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken aus der Beobachtung internationaler Ereignisse auf Muslime in der Schweiz

Um diesen Prozess der Transformation der Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken aus der Beobachtung internationaler Konflikt- und Kriegsereignisse in die innenpolitische Diskussion und die damit verbundene Konstitution einer muslimischen Minderheit in der Schweiz zu analysieren, wurde für die Untersuchungsphase von 1998 bis 2009 die empirische Basis sowohl hinsichtlich der analysierten Medien¹⁷ wie auch der berücksichtigten Kommunikationsereignisse¹⁸ ausgeweitet; sie umfasst alle 146 Kommunikationsereignisse, in denen muslimische Akteure im genannten Zeitraum thematisiert werden. Graphik 2 zeigt die Intensität der Berichterstattung über muslimische Akteure zwischen 1998 und 2009 im Quartalsrhythmus.

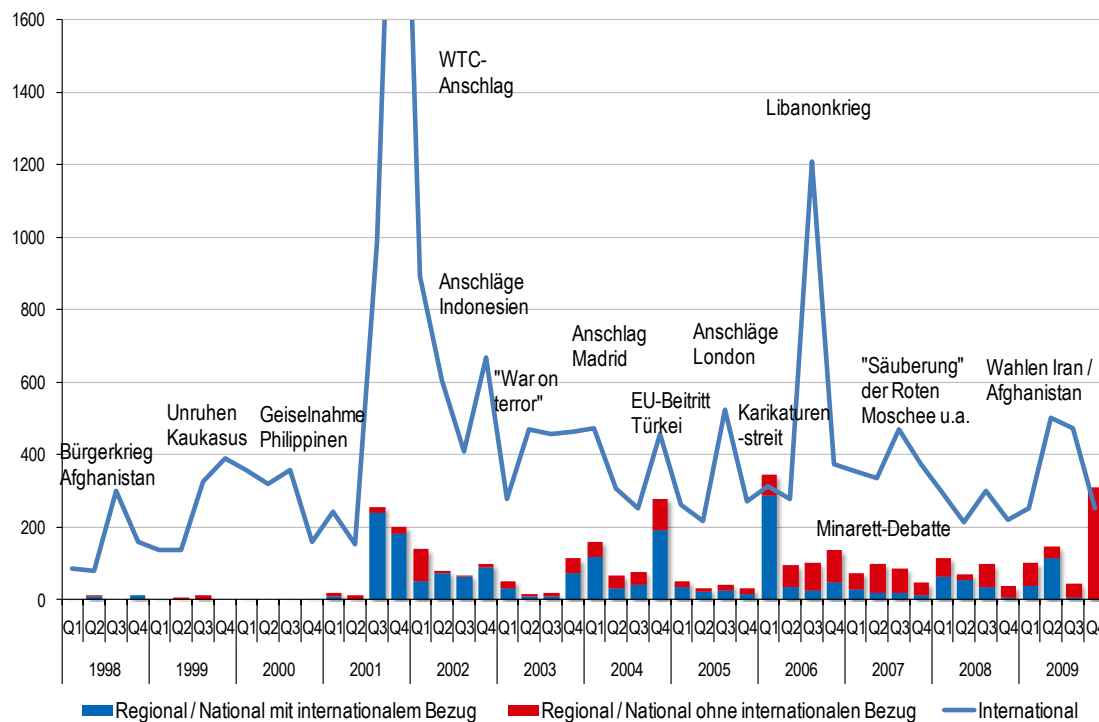
Auch diese Darstellung zeigt, dass die Thematisierung von „Muslimen“ in der Schweiz zunächst von der Wahrnehmung des Islam in internationalen Kontexten beeinflusst wird. Zwar nicht erst seit 9/11, seither aber mit deutlich erhöhter Intensität berichten die Leitmedien der Schweiz über den Islam überwiegend mit Bezug auf internationale Konflikt- und Kriegsereignisse. Wie wirken sich dies auf die Thematisierung der muslimischen Minderheit in der Schweiz sowie auf die auf sie applizierten Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken aus?

Bis zum September 2001 wird über Muslime in der Schweiz nur äusserst selten und episodisch berichtet. Hierzu gehört beispielsweise die Diskussion um muslimische Gräberfelder auf öffentlichen Friedhöfen. Solche Bestrebungen werden in der Medienberichterstattung unter der Aspekt der Integration behandelt und finden eine überwiegend positive Resonanz; die muslimischen Akteure werden als kompromissbereit dargestellt, und die wenigen ablehnenden Stimmen – etwa von Akteuren der SVP in Zürich und der EDU in Bern – bleiben marginal. Der „Islam“ hat noch nicht die Konnotation des Gefährlichen, und die Anliegen werden als eine Brauchtumsform verstanden, gegenüber der sich die aus der Erfahrung eigener Fundamentalismen gewachsene schweizerische Toleranz in Religionsangelegenheiten bewährt habe und bewähren müsse.

¹⁷ Während die Kommunikationsereignisanalyse der Jahre 1960-2009 (vgl. Graphik 1 und 2) sich auf die NZZ, den Tages-Anzeiger und den Blick stützt, umfasst das erweiterte Mediensample zusätzlich den SonntagsBlick, die SonntagsZeitung, die Weltwoche und die Wochenzeitung (WoZ) sowie für die Romandie Le Temps, Le Matin und Tribune de Genève und die beiden wichtigsten Informationsgefässe von SF DRS Tagesschau und 10vor10.

¹⁸ Erfasst wurden nicht mehr nur die jeweils zehn grössten Kommunikationsereignisse pro Medium und Jahr sondern sämtliche Kommunikationsereignisse von mindestens drei Beiträgen, die sich auf muslimische Akteure beziehen. Unter Berücksichtigung dieser Kriterien wurden 164 Kommunikationsereignisse mit insgesamt 17'441 Artikeln respektive Beiträgen in 15 Leitmedien der Schweiz in diese Analyse einbezogen. Damit kann der Anspruch erhoben werden, alle Ereignis- respektive Diskursstränge mit einem Mindestmass an Kontinuität erfasst zu haben.

Graphik 2: Kontext der Thematisierung von Muslimen in der Schweiz – Bedeutung der Berichterstattung über internationale Konfliktereignisse 1998 - 2009



Die Darstellung zeigt die Resonanz von Kommunikationsereignissen (KE), in denen Muslime prominent thematisiert werden. Diese KE wurden wie folgt kategorisiert: KE internationaler Vorgänge ohne Bezug zur Schweiz (blaue Linie), KE internationaler Vorgänge mit Bezug zur Schweiz (blaue Balken) und KE rein schweizerischer Vorgänge (rote Balken). Empirische Basis bilden sämtliche KE in 15 Leitmedien der deutsch- und französischsprachigen Schweiz, in denen Muslime prominent thematisiert werden. Abgebildet ist jeweils die Summe aller Beiträge zu einem dieser drei Typen von KE pro Quartal. (n = 21117 Beiträge).

Lesebeispiel: Im vierten Quartal 2001 wird mit einem Beitragsvolumen von insgesamt 2786 Beiträgen über Muslime im Kontext internationaler Ereignisse – vor allem hinsichtlich der Auswirkungen der Anschläge von 9/11 – berichtet, ohne dass in diesen Berichterstattungsketten ein expliziter Bezug zur Schweiz hergestellt wird; 122 Beiträge stammen aus Kommunikationsereignissen, die diesen Bezug herstellen und 60 Beiträge stammen aus Kommunikationsereignissen, die Muslime ausschliesslich im nationalen resp. in regionalen Kontexten thematisieren.

Unmittelbar nach 9/11 fokussiert die Berichterstattung – in Reaktion auf die Bestrebungen der Administration Bush, im Zuge des sogenannten „war on terror“ auch die Finanzierungsquellen islamistischer Terroristen zum Versiegen zu bringen – zuerst auf die Rolle des schweizerischen Finanzplatzes. Die Massnahmen zur Kontrolle der internationalen Finanzströme werden vor dem Hintergrund der kontroversen Diskussionen um nachrichtenlose jüdische Vermögen aus der NS-Zeit in der Mitte der 1990er Jahre unter der Perspektive eines erneuten Angriffs auf den Finanzplatz Schweiz interpretiert. Diese Selbstbezogenheit der Berichterstattung führt dazu, dass in dieser ersten Phase die muslimischen Akteure in der Schweiz ebenfalls nur vereinzelt thematisiert werden. Wenn sie zum Thema werden – und dies geschieht primär durch die Medien selbst –, dann differenzieren die Medien in dieser Phase deutlich zwischen islamistischem Terror in der Welt „draussen“ und den vor allem in ihren privaten Kontexten porträtierten und als friedfertig und integriert dargestellten Muslimen in der Schweiz (vgl. auch Imhof / Schranz 2003).

Freilich verschafft die auf internationale Konfliktereignisse fokussierte Berichterstattung über einen gewalttätigen Islamismus Akteuren in der Schweiz Anknüp-

fungsmöglichkeiten, um die seit den frühen 1990er Jahren intensive Problematisierung des Fremden hinsichtlich der Asyl- und Arbeitsmigration durch Bezüge auf religiöse Herkunftsmerkmale zu ergänzen. Allen voran die SVP betont jetzt neben der ethnischen auch die religiöse Herkunft muslimischer Migranten in kantonalen wie nationalen Abstimmungskampagnen.

Exemplarisch für die beginnende Problematisierung von Muslimen in innenpolitischen Debatten, die über Kampagneninstrumente wie Inserate und Plakate angestossen wird und erst langsam in die medial vermittelte Öffentlichkeit diffundiert, ist die Kampagne gegen die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der zweiten und dritten Generation. In der Berichterstattung über die Gesetzesrevision und den Abstimmungskampf erfolgt der Bezug auf „Muslime“ erst in Reaktion auf die Kampagne der SVP. Dieser Fokus bleibt mit knapp 4% aller Beiträge dieses Kommunikationsereignisses noch gering.

Zudem konzentriert sich jener Teil der Berichterstattung, in dem Muslime zum Thema gemacht werden, auf den Stil der Kampagne und nicht auf die Inhalte. Dabei werden die religiösen Konnotationen und die Argumente der Kampagnenführer als unangebracht, provokativ und rassistisch zurückgewiesen, eine inhaltliche Auseinandersetzung findet jedoch nur marginal statt. Dies führt dazu, dass die religiöse Kollektivtypisierung auch auf Seiten der politischen Gegner der SVP Anwendung findet. Wenn Muslime auf diese Weise thematisiert werden, geschieht dies reaktiv unter der Deutungsperspektive ihrer Integrationsbefähigung und Integrationsbereitschaft. Generell aber bleibt die nationale respektive ethnische Herkunftstypisierung der problematisierten Fremden wichtiger (z.B. Balkan-Raser), während die Religionszugehörigkeit nun als sekundäres Beschreibungsmerkmal Anwendung findet.

Die Ergebnisse der Abstimmungen über die Änderung des Kirchengesetzes im Kanton Zürich (30. November 2003) und über die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der zweiten und dritten Generation (26. September 2004) können damit nicht einfach auf die Problematisierung der muslimischen Minderheit in der Schweiz reduziert werden.¹⁹ Doch sie zeigen, dass mit Kampagnen, in denen etablierte Problematisierungen entlang ethnischer Herkunftskontexte neu mit religiösen Herkunftskontexten ergänzt und aufgeladen werden, Abstimmungen an der Urne gewonnen werden können.

In dieser Dialektik zwischen der breiten Berichterstattung über internationale Konfliktereignisse und der Instrumentalisierung der Angst vor Islamismus in der Schweiz entwickelt sich ab 2003 eine Islamismus-Debatte mit Bezug auf die Schweiz. Schlüsselkommunikationsereignisse, die diese Debatten anleiten, sind die Anschläge in Madrid im März 2004, die Ermordung Theo van Goghs in Holland im November 2005 und die Anschläge von London im Juli 2005. Diese Aufmerksamkeitsfokussierung auf den Islamismus nutzen jedoch nicht nur die SVP und die EDU. Im Frühling 2006 kündigt die CVP im Kontext des Karikaturenstreites medienwirksam ein „Muslim-Papier“ an, das im April 2006 unter dem Titel: «Religionsfreiheit und Integration – am Beispiel der Musliminnen und Muslime der Schweiz» verabschiedet wurde.

Diese Problematisierung intensiviert sich 2006 mit der breiten Rezeption des sogenannten Karikaturenstreites (vgl. Kap. 3.3.2). Im Rahmen dieser Diskussion kann

¹⁹ In der Abstimmung über die Änderung des Kirchengesetzes erzielen vor allem Argumente für eine Grundsätzliche Trennung von Kirche und Staat aus liberaler (Teile der FdP) und freikirchlicher Perspektive (Teile der EVP und EDU) Resonanz; in der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der zweiten und dritten Generation waren es Argumente, die an die Problematisierung von Personengruppen aus Ex-Jugoslawien im Kontext der breiten Diskussion um die Revision des Ausländer- und Asylgesetzes einerseits und der sog. Raserdebatte andererseits anschliessen konnten.

sich die Deutungsperspektive eines grundsätzlichen Widerspruchs zwischen den religiösen Überzeugungen von Muslimen und den Grundwerten einer demokratischen Gesellschaft (Meinungsfreiheit) zeitfest etablieren. Diese Deutungsperspektive und die bisher in Bezug auf Einzelfälle geführten Debatten um sichtbare Symbole der religiösen Differenz (Kopftuch, Minarett) bilden die Basis auf der – mit Blick auf die Eidgenössischen Wahlen 2007 – die Minarettinitiative lanciert wird. Damit wird nun innenpolitisch relevant, was einst als Feuilletondiskurs über die Angemessenheit eines Weltordnungskonzeptes begann. In Reaktion auf Samuel P. Huntingtons These des „clash of civilizations“ findet sich bis 2001 fast ausschliesslich im Feuilleton eine auf wenige Beiträge pro Jahr beschränkte Auseinandersetzung, die von Experten geführt wird und in der die kritischen Stimmen deutlich überwiegen. Nach 9/11 und nochmals verstärkt ab 2006 findet diese Deutungsperspektive weit über das Feuilleton hinaus Resonanz und löst sich – mit ihrem Austritt aus dem Feuilleton – von ihrem Bezug auf Huntington. Internationale Ereignisse wie die medienwirksamen Geiselnahmen und Hinrichtungen durch islamistische Gruppierungen im Irak und in Afghanistan dienen nun als Beleg für die Gefahr, die von der muslimischen Minderheit in der Schweiz ausgehe. Dieser Schluss von den internationalen Terror- und Gewaltereignissen auf die Muslime in der Schweiz, der die Heterogenität der muslimischen Minderheit ebenso ignoriert wie das Fehlen jeglicher Evidenz für staatsgefährdende Aktivitäten und sogenannte „Hassprediger“, wird möglich durch eine zunehmende Pauschalisierung der Distanz erzeugenden Typisierung muslimischer Akteure. „Die Muslime“ in der Schweiz werden nun in der öffentlichen Kommunikation kollektiv mit reduktionistischen Verweisen auf den handlungs- und verhaltensbestimmenden Gehalt des Koran adressiert und dadurch mit potentiell gewaltbereiten Handlungen in Bezug gesetzt, d.h. durch diese Pauschalisierung werden nun alle Muslime unter Generalverdacht gestellt. 2006 sind 33% aller Typisierungen muslimischer Akteure Distanz erzeugend und pauschalisierend, d.h. Zuschreibungen wie beispielsweise „gewalttätig“ oder „unaufgeklärt“ beziehen sich auf Muslime als Kollektiv respektive auf den „den Islam“ und differenzieren nicht nach unterschiedlichen Akteuren oder Strömungen. 2007 steigt dieser Anteil auf 41% und 2008 auf 56%; 2009 geht der Anteil pauschalisierender und Distanzerzeugender Typisierungen relational auf 48% zurück, steigt aber in absoluten Zahlen nochmals deutlich an.²⁰ Diese pauschalisierenden Typisierungen muslimischer Akteure stammen vor allem von rechtskonservativen und rechtspopulistischen Akteuren (EDU: 4%, SVP: 39%, Initiativkomitee: 8%); von den Medien – allen voran *Weltwoche* und *Sonntagsblick* – selbst stammen 16%, von Vertretern von (Frei)Kirchen 9% und von als Experten eingeführten Akteuren sind es 6%. Für diese Etablierung der Deutungsperspektive eines fundamentalen Wertekonflikts ist auch der Umstand entscheidend, dass nach 2006 kaum noch eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Wahrnehmungsmuster stattfindet. Zwar lassen sich daneben auch Deutungsperspektiven beobachten, in denen Muslime als Opfer thematisiert werden oder auf die Bedeutung religiöser Toleranz verwiesen wird. Aber diese Perspektiven laufen neben der Reproduktion der These eines grundsätzlichen Wertekonfliktes her, dementieren diesen nicht und es findet zwischen den Trägern dieser Deutungsperspektiven keine Auseinandersetzung statt (vgl. Kap. 3.3.3). Dadurch können die Aufforderungen zu religiöser Toleranz, die Hinweise auf die verfassungsrechtliche Religionsfreiheit sowie die Darstellung der ebenso kollektiv typisierten Muslime als Opfer (einer Ausgrenzung und/oder ihrer eigenen Geschichte) einerseits und die pauschale Diskreditierung der Muslime als Anhänger einer fun-

²⁰ Das die Werte für pauschalisierende und Distanz erzeugende Typisierungen in absoluten Zahlen 2009 nochmals deutlich steigen, relativ aber zurückgehen, erklärt sich durch den Umstand, dass 2009 im Kontext des Abstimmungskampfes um die Minarettinitiative Empathie fördernde Typisierungen, die sich auf einzelne Individuen oder die Muslime in der Schweiz beziehen, auch an Resonanz gewinnen.

damentalistischen Religion andererseits nebeneinander bestehen. Alle diese Deutungsperspektiven konstruieren eine muslimische Minderheit „für sich“. Verschärfend kommt hinzu, dass diese Kommunikationsdynamik denjenigen selbsternannten Vertretern der Muslime in der Schweiz die grösste Resonanz verleiht, die die theologisch umstrittensten Passagen im Koran am radikalsten auslegen und gleichzeitig durch konvertierte Schweizerinnen und Schweizer repräsentiert werden. Dadurch erhält der marginale „Islamische Zentralrat Schweiz“ insbesondere nach der Abstimmung über die Minarettinitiative die grösste Beachtung auf Seiten der Muslime in den Medien. Akzentuiert wird diese nachrichtenwertgesteuerte Berichterstattung dadurch, dass die mediale Konfliktdarstellung nicht die Repräsentanten aus dem Pro- und Kontra-Lager gegeneinander antreten lässt, sondern die Befürworter des Minarettverbots auf der einen Seite und nun die „Muslime“ in der Schweiz auf der anderen Seite.

Mit Blick auf die erste und zweite Forschungshypothese lassen sich diese Befunde folgendermassen zusammenfassen:

Die *erste Hypothese* (Etablierung des Kerngehalts der These des „clash of civilizations“) kann ab 2006 gestützt werden. Die Mehrzahl der Medien und der politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteure teilen dieses Bedrohungsbild nicht bzw. sie betonen die Bedeutung der Religionsfreiheit oder thematisieren Muslime in der Opferrolle, aber dadurch wird die Existenz eines grundsätzlichen Wertekonflikts nicht bestritten und die Konstitution einer neuen muslimischen Minderheit in der Schweiz wird durch die pauschalisierende und Distanz erzeugende Typisierung der Muslime gestützt. Dadurch vermag sich die Deutungsperspektive des „clash of civilizations“ – durch rechtskonservative und rechtspopulistische Akteure und eine Minderheit der Medien resonanzstark verbreitet – in der öffentlichen Kommunikation festzusetzen, zumal auf Seiten der Muslime die radikalsten Repräsentanten die grössten Resonanzchancen erhalten. Von zentraler Bedeutung hierfür ist, dass es nach 2006 – im Gegensatz zur Diskussion im Feuilleton vor 9/11 – nur noch in Einzelfällen eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Deutungsperspektive gibt. Der politisch-publizistische Konflikt um die These der Unvereinbarkeit westlicher wie schweizerischer und muslimischer Werte findet jenseits des Feuilletons nicht mehr statt.

Als Schlüsselkommunikationsereignisse im Sinne der *zweiten Hypothese* erweisen sich in diesem Prozess 9/11, die Anschläge in Madrid und London sowie die Auseinandersetzungen über den sogenannten Karikaturenstreit (vgl. Kap. 3.3.2). Indem 9/11 die Aufmerksamkeit zunächst vor allem der Medien für das nun entdeckte Kollektiv „der Muslime“ in der Schweiz weckt, die jedoch nach 9 / 11 noch deutlich von fundamentalistische Strömungen in der Welt draussen unterschieden werden, erhöht sich die Plausibilität von positiven wie negativen Kollektivattribuierungen. Während vor den Anschlägen in Madrid muslimische Akteure in der Schweiz überwiegend in deutlichem Kontrast zu fundamentalistischen Akteuren dargestellt werden, können rechtskonservative und rechtspopulistische Akteure nach Madrid und verstärkt nach dem Karikaturenstreit Differenzsemantiken Resonanz verschaffen, die die Muslime in der Schweiz als Bedrohung, vereinzelt sogar als fünfte Kolonne beschreiben. Der Islam erscheint nun immer mehr als Ursache wie Folge einer funktional nicht ausdifferenzierten, theokratisch orientierten Gemeinschaft, die als Segment der Weltgesellschaft in temporaler Hinsicht der Aufklärung entbehrt und eine, die religiöse Radikalisierung begünstigende, armutsverstärkende Abschichtung fördert. Dadurch etablieren sie in der öffentlichen Kommunikation pauschalisierende *und* essentialistische Beschreibungen des Islam. Erst im Zuge dieser Entwicklung werden die ursprünglichen, auf die nationalen Herkunft der Immigranten bezogenen Typisierungen durch die religiöse Typisierung als Muslime überformt

und verdrängt. Somit wurde in der öffentlichen Kommunikation eine muslimische Minderheit in der Schweiz kreiert.

3.3. Dynamik der Vereinseitigung der Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken

Im Folgenden wird die Dynamik dieses Prozesses nochmals detaillierter untersucht. Hierbei interessiert wieder die Rolle der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure sowie die Rolle der Medien bei der Etablierung pauschalisierender Typisierungen sowie rigider Differenzsemantiken. Zu Überprüfung der *dritten Hypothese* wird dabei auch reflektiert, in wieweit der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit eine komplexitätsreduzierende und konfliktstilisierende Kommunikation über die muslimische Minderheit befördert, inwieweit also der Medienpopulismus den politischen Populismus begünstigt.

Empirisch stützen wir uns hierbei auf die Inhaltsanalyse aller Beiträge in drei exemplarischen Kommunikationsereignissen: der *Fall Hani Ramadan* 2002 und 2003, der *Karikaturenstreit* 2006 und die *Minarettinitiative* 2006-2009. Diese drei Fallbeispiele wurden so ausgewählt, dass die Berichterstattung vor und nach den Anschlägen in Spanien 2004 und Grossbritannien 2005 sowie dem Karikaturenstreit 2006 verglichen und somit der Einfluss dieser Schlüsselkommunikationsereignisse auf die Wahrnehmung der Muslime in der Schweiz analysiert werden kann.

Hierzu wurden sämtlichen Beiträge in den drei ausgewählten Kommunikationsereignissen inhaltsanalytisch erfasst und hinsichtlich der zentralen Deutungsperspektiven, Differenzsemantiken und Typisierungen sowie der sie vertretenden Akteure ausgewertet. Zudem wurden die Typisierungen hinsichtlich ihres Pauschalierungsgrades unterschieden. Schliesslich fliesst in die nachstehenden Auswertungen auch eine Erhebung des Berichterstattungsstils (kognitiv, normativ oder expressiv²¹) ein. Die Analyse des Berichterstattungsstils dient der Bestimmung der Anteile sachverhaltsorientierter und normableitender Darstellungsformen im Verhältnis zu einer pauschal moralisch wertenden und emotionalisierenden Berichterstattung. Die letzere Form ist strukturell analog zu politischen Kampagnen und erschwert rationale Debatten. Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse dargestellt.

3.3.1. Fall Hani Ramadan

Im Zentrum dieses Kommunikationsereignisses steht eine Zuschrift des Schweizer Bürgers, Lehrers an einer öffentlichen Schule und Leiters des Islamischen Kulturzentrums in Genf Hani Ramadan an die französische Tageszeitung *Le Monde* vom September 2002, in der er die Steinigung von Ehebrecherinnen rechtfertigt und Aids als göttliche Strafe bezeichnet, und die Reaktion der Genfer Regierung, die in der Entlassung Ramadans als Lehrer an einer Genfer Schule im Februar 2003 mündete. Diese Entlassung wird durch die Rekurskommission des Genfer Bildungsdepartements aufgehoben; die Genfer Regierung einigt sich mit Hani Ramadan schliesslich auf einen finanziellen Vergleich.

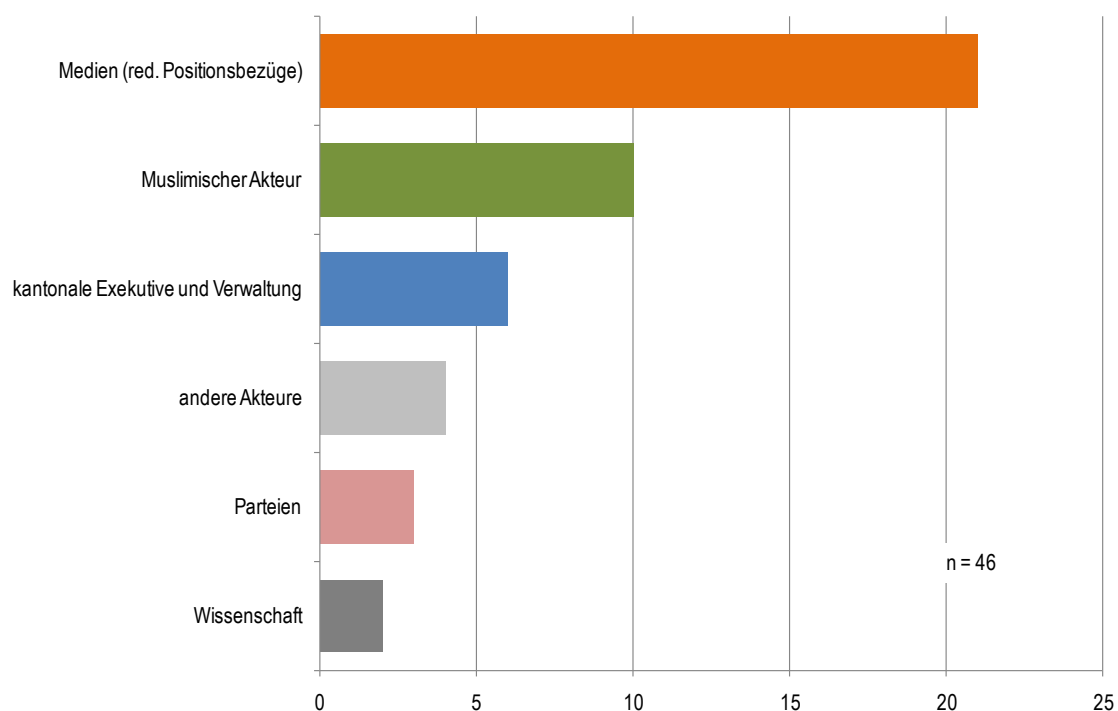
Obwohl dieser Fall viele Ingredienzien aufweist, die ihn für die Boulevardmedien wie für populistische politische Akteure attraktiv machen, wird die Berichterstattung

²¹ Diese Dreiteilung folgt Jürgen Habermas Unterscheidung von objektivierenden, normkonformen und expressiven Grundeinstellungen im kommunikativen Handeln (vgl. Habermas 1981: 439).

über die Aussagen Hani Ramadans und die Reaktionen darauf vor allem von Qualitätszeitungen (*Le Temps* 70% aller Beiträge dieses Kommunikationsereignisses, *NZZ* 7%) getragen.

Dies zeigt sich bereits an der Verteilung der Akteure, die mit ihren Deutungsperspektiven zu Wort kommen (vgl. Graphik 3). Der „Fall Hani Ramadan“ wird überwiegend durch die Medien selbst interpretiert (21 von 46 erfassten Akteursresonanzen). Daneben erhält Hani Ramadan in Interviews oder durch Zitate häufig Gelegenheit, seine Positionen zu vertreten (10 von 46). Politische Akteure kommen hingegen mit Ausnahme der Genfer Regierung und Verwaltung (6 von 46) kaum zu Wort.

Graphik 3: Vielfalt der Akteure – Sprecher in der Berichterstattung zum „Fall Hani Ramadan“



Die Darstellung zeigt die Akteursgruppen, die in der Berichterstattung zum „Fall Hani Ramadan“ mit ihren Deutungsperspektiven Resonanz erzeugen können. Pro Beitrag wurden maximal drei Akteure und die zugehörigen Deutungsperspektiven erfasst. Aufgrund der geringen Fallzahlen wurden die Werte in absoluten Zahlen und nicht in Prozenten ausgewiesen.

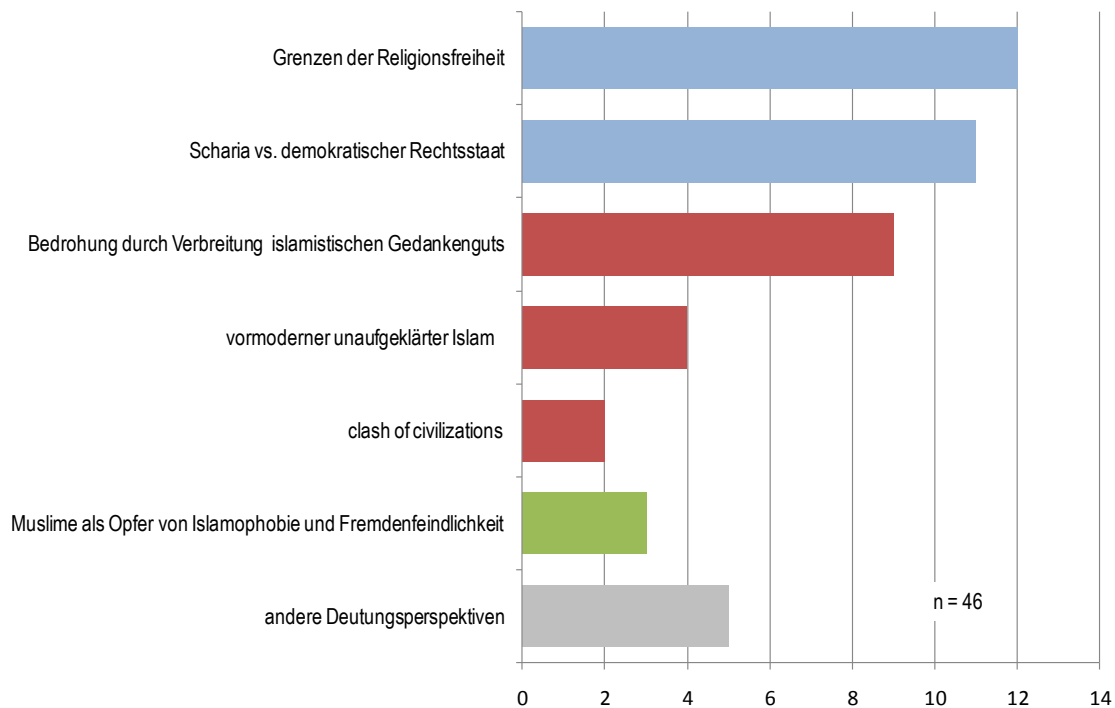
Lesebeispiel: Auf Hani Ramadan (muslimischer Akteur) entfallen 10 der insgesamt 46 erfassten Akteursresonanzen.

Der Stil der Berichterstattung über den Fall Ramadan ist sehr sachlich (Anteil kognitiver, d.h. auf Sachverhalte fokussierten Berichterstattung: 50%), und die normativen Aussagen (47%) werden überwiegend aus den Sachverhaltsdarstellungen abgeleitet. Der Anteil expressiver Berichterstattung ist marginal (2%).

Auch die Deutung der Vorgänge durch die Medien selbst, und das heisst im wesentlichen durch die beiden Qualitätszeitungen, sowie durch die Akteure, denen die Medien Resonanz verschaffen, ist kognitiv und in analytischem Sinne normativ geprägt. Dies zeigt sich sowohl an den dominanten Deutungsperspektiven wie auch an der – im Vergleich etwa der Berichterstattung über die Minarettinitiative – ge-

ringen Zahl pauschalisierenden Aussagen über Muslime. Die am häufigsten verwendete Deutungsperspektive reflektiert die Grenzen der Religionsfreiheit, indem das Spannungsfeld zwischen dem Recht auf Religionsausübung und dem Recht, vor den Folgen einer fundamentalistischen, menschenrechtsverletzenden Religionsauslegung geschützt zu werden, thematisiert wird (12 von 46 erfassten Deutungsperspektiven). Und auch das Verhältnis zwischen religiös begründeten Normen und rechtsstaatlichen Grundsätzen (Deutungsperspektive: Spannungsverhältnis zwischen Scharia und Rechtsstaat, 11 von 46), das in den Aussagen zur Minarettinitiative überwiegend auf eine Bedrohung des Rechtsstaates durch die Scharia reduziert wird, wird in der Berichterstattung zum Fall Hani Ramadan differenziert reflektiert (vgl. Graphik 4).

Graphik 4: Zentrale Deutungsperspektiven in der Berichterstattung zum „Fall Hani Ramadan“



Die Darstellung zeigt die Deutungsperspektiven, welche die Berichterstattung zum „Fall Hani Ramadan“ prägten. Pro Beitrag wurden maximal drei Deutungsperspektiven erfasst. Aufgrund der geringen Fallzahlen wurden die Werte in absoluten Zahlen und nicht in Prozenten ausgewiesen.

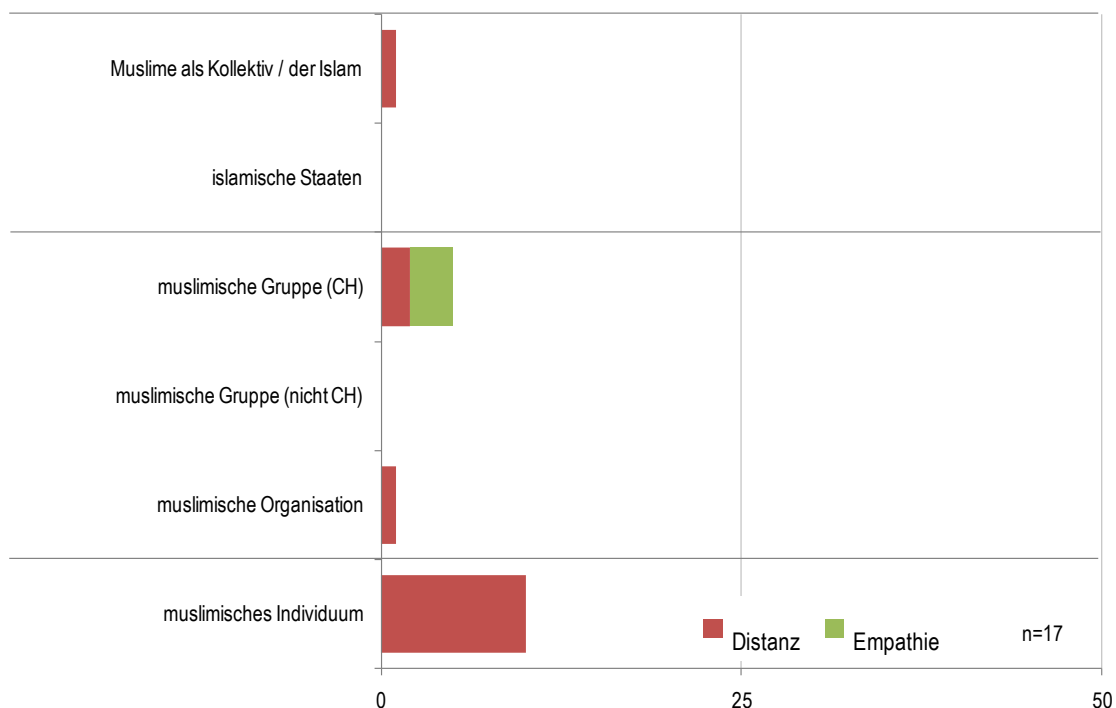
Lesebeispiel: In 9 von 46 erfassten Deutungsperspektiven wurde der „Fall Hani Ramadan“ als Bedrohung durch die Verbreitung islamistischen Gedankengutes interpretiert.

Die Deutungsperspektive „Bedrohung durch Verbreitung islamistischen Gedankengutes“ (9 von 46), die von Exponenten der Genfer Regierung zur Begründung der Entlassung verwendet und von einzelnen Medien aufgegriffen wird, bezieht sich ausschliesslich auf die Person Hani Ramadans. Gleiches gilt auch für die temporale Differenzsemantiken aktualisierende Deutungsperspektive eines vormodernen, unaufgeklärten Islam (4 von 46). Das Deutungsmuster eines „clash of civilizations“ findet nur marginal Resonanz; interessanterweise wird es von Hani Ramadan selbst vorgetragen und von den Medien bestritten.

Die Berichterstattung ist entsprechend durch die weitgehende Absenz pauschalisierender Typisierungen charakterisiert. Der Fall Hani Ramadans bleibt weitgehend auf

seine Aussage begrenzt, und diese wird vor dem Hintergrund der erwähnten Grundrechtsabwägung verurteilt. Sie wird nicht als Orientierung einer religiösen Minderheit „für sich“ zugeschrieben bzw. als alarmierendes Zeichen an der Wand hinsichtlich einer muslimischen Parallelgesellschaft „in nuce“ interpretiert. Entsprechend finden sich nur marginal pauschalisierende Typisierungen des Islam (1 von 17); und die Typisierungen der Muslime in der Schweiz (5 von 17) grenzen diese Gruppe mehrheitlich gegenüber dem islamischen Fundamentalismus ab und stellen so Empathie her.

Graphik 5: *Typisierung und Pauschalisierung muslimischer Akteure in der Berichterstattung zum „Fall Hani Ramadan“*



Die Darstellung zeigt die Typisierungen, mit denen muslimische Akteure in der Berichterstattung zum Fall Hani Ramadan belegt wurden. Unterschieden werden einerseits die Anteile der Distanz erzeugenden (rot) und Empathie erzeugenden (grün) Typisierungen und andererseits in der Skala von Kollektiv zu Individuum der Grad der pauschalisierenden Typisierungen.

Lesebeispiel: 1 von 17 erfassten Typisierungen muslimischer Akteure (n = 17) ist pauschalisierend und bezieht sich auf alle Muslime resp. den Islam als Gesamtheit.

Schliesslich sind auch die Aussagen bezüglich der Massnahmen, mit denen auf die Aussagen Hani Ramadans reagiert werden soll, durch eine kritische Reflexion auf die ausgesprochene Entlassung hinsichtlich der Verhältnismässigkeit und der zugrundeliegenden Rechtsnormen gekennzeichnet. Dem Entscheid der Rekurskommission, der diese Entlassung als unverhältnismässig kritisiert, wird entsprechend Verständnis entgegen gebracht.

Dieser Befund erklärt sich dadurch, dass die Berichterstattung vor allem in Zeitungen mit Qualitätsanspruch stattfand, fast ausschliesslich in Gestalt von sachverhaltsbezogenen Agenturmeldungen den Weg in den deutschschweizerischen Boulevard fand und kein politischer Akteur den Fall im Jahr 2002 aufgriff.

3.3.2. Karikaturenstreit

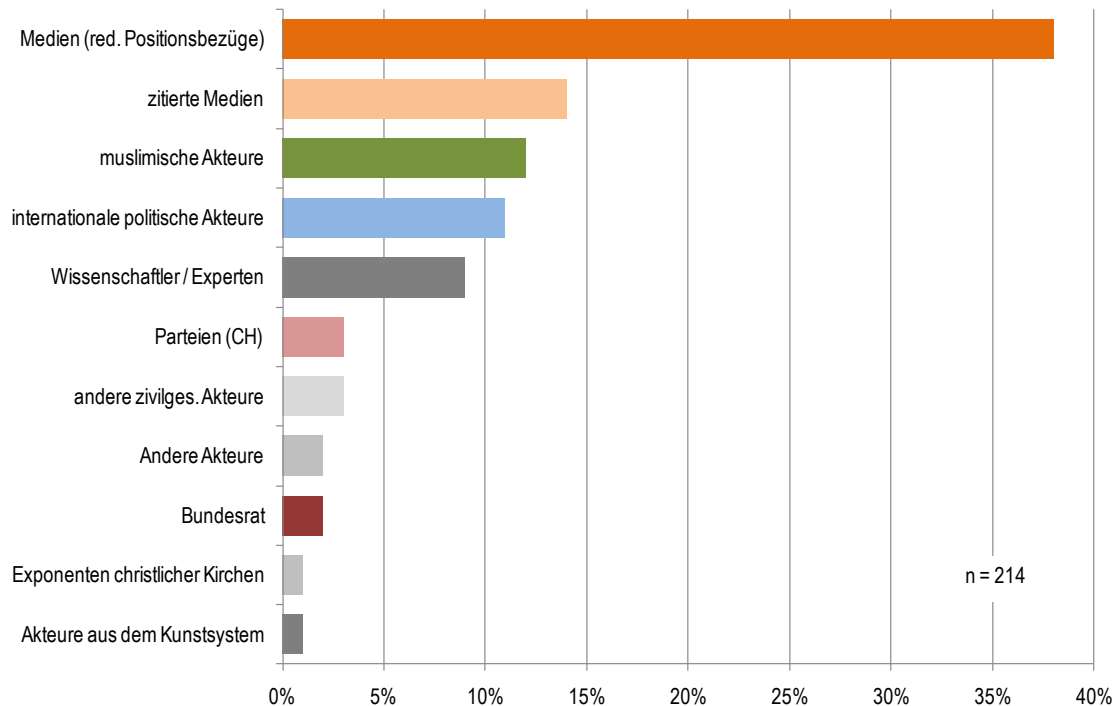
Anders als der Fall Hani Ramadan stellt der Karikaturenstreit 2005 und 2006 ein Kommunikationsereignis dar, das 2006 die Agenda aller relevanten Informationsmedien in der Schweiz bestimmte. Im Zentrum des Kommunikationsereignisses steht die Publikation von zwölf Mohammed-Karikaturen durch die dänische Tageszeitung *Jyllands-Posten* vom 30. September 2005, die zunächst zu Protesten insbesondere muslimischer Akteure gegen diese als Provokation interpretierte Publikation führt (vgl. Klausen 2009). Die Berichterstattung intensiviert sich im Februar 2006 anlässlich der weltweiten Ausschreitungen und Boykottandrohungen sowie der innen- und aussenpolitischen Bemühungen Dänemarks zur Eindämmung des Konfliktes. Zuvor hatte nur die *NZZ* kontinuierlich über den Karikaturenstreit berichtet. Während die episodische, ereignisbezogene Berichterstattung vor allem durch die Ausschreitungen angetrieben wird, steht im Zentrum der thematischen, d.h. der die Ereignisse einordnenden Berichterstattung die Diskussion um den Wertekonflikt zwischen religiösen Überzeugungen und Grundrechten (Meinungsfreiheit) in demokratischen Gesellschaften.

Die Berichterstattung ist im Vergleich zu jener über den Fall Hani Ramadan aufgrund der Betonung von Wertkonflikten deutlich stärker normativ (69%) geprägt, wobei die normativen Positionsbezüge weniger häufig aus Sachverhaltsbeschreibungen abgeleitet werden. Damit basiert die Berichterstattung stärker auf moralischen Urteilen. Die kognitiv orientierte Berichterstattung hat einen vergleichsweise bescheidenen Anteil von 28%; die expressive Berichterstattung bleibt auch in diesem Kommunikationsereignis mit 3% klein.

Hinsichtlich der Vielfalt der Akteure zeigt sich eine klare Dominanz der Medienakteure (52%). Da sich die Medien in dieser Auseinandersetzung um die Grenzen der Meinungsfreiheit als Betroffene sehen, ordnen sie den Konflikt durch redaktionelle Interpretationen verstärkt selbst ein (38%), wobei sie überwiegend die Bedrohung der Meinungsfreiheit betonen, und sie geben anderen Medien – insbesondere jenen, welche die Publikation der Karikaturen verteidigen, hohe Resonanz (zitierte Medien 14%). Zudem zeigt sich eine der Konfliktkonstellation geschuldete Dominanz internationaler politischer Akteure (11%), vor allem aus Dänemark, sowie muslimischer Akteure (12%). Politische Akteure aus der Schweiz (Parteiexponenten 3%, Bundesrat 2%) kommen selten zu Wort.²² Dagegen zeigt die hohe Resonanz von Wissenschaftlern respektive Experten (9%) die Bedeutung von Expertenquotes in der Berichterstattung (vgl. Graphik 6). Expertenquotes werden vor allem herangezogen, um das Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und der Rücksichtnahme auf religiöse Überzeugungen zu reflektieren und Möglichkeiten der Vermittlung beider Positionen im Sinne eines teilbaren Konfliktes aufzuzeigen. Vereinzelt dienen Expertenquotes aber auch der Stützung der Deutungsperspektiven einer durch den Islam bedrohten Meinungsfreiheit.

²² Die Resonanz der Parteiexponenten wie des Bundesrates erfolgt im Rahmen einer kurzen Debatte, die durch Fulvio Pelli, den Präsidenten der FdP ausgelöst wurde. Pelli forderte vom Bundesrat einen klaren Positionsbezug zugunsten der bedrohten Meinungsfreiheit. Während die Exponenten der FdP und der SVP den Konflikt als Bedrohung der Meinungsfreiheit interpretierten, vermeidet der Bundesrat wie auch die Exponenten der anderen Parteien eine Stellungnahme im Konflikt und betonen sowohl die Bedeutung der Meinungsfreiheit wie auch den Respekt vor den religiösen Gefühlen.

Graphik 6: Vielfalt der Akteure – Sprecher in der Berichterstattung zum Karikaturenstreit

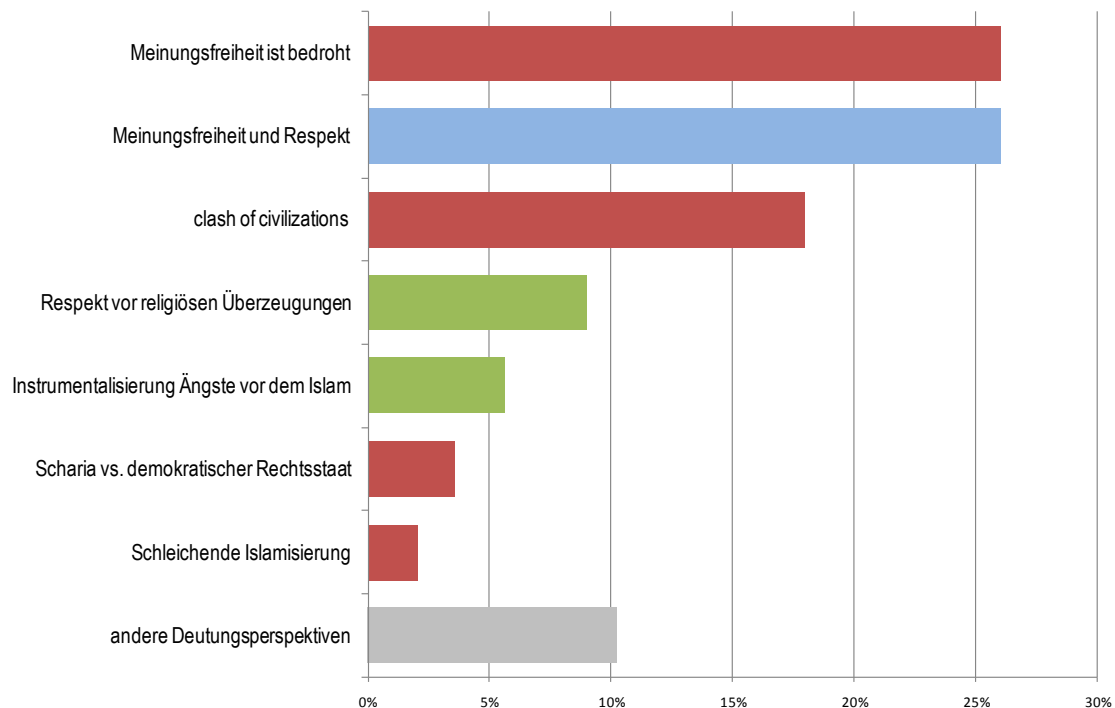


Die Darstellung zeigt die Akteursgruppen, die in der Berichterstattung zum Karikaturenstreit mit ihren Deutungsperspektiven Resonanz erzeugen können. Pro Beitrag wurden maximal drei Akteure und die zugehörigen Deutungsperspektiven erfasst.

Lesebeispiel: Internationale Akteure (v.a. aus Dänemark) erhalten 11% der Resonanz (n = 214).

Die zentralen Deutungsperspektiven des Karikaturenstreites (vgl. Graphik 7) beziehen sich alle auf einen wahrgenommenen Wertekonflikt zwischen der Meinungsfreiheit einerseits und der Rücksicht auf religiöse Überzeugungen und Gefühle andererseits, interpretieren diesen Konflikt aber unterschiedlich. Für die – als bedroht wahrgenommene – Meinungsfreiheit im Westen ergreifen die Mehrzahl sowohl der Medien (und insbesondere die zitierten Medien) als auch der politischen Akteure aus dem Ausland und die Exponenten der SVP Position (Deutungsperspektive: Meinungsfreiheit ist bedroht, 26%). Die Mehrzahl der politischen Akteure aus der Schweiz, insbesondere der Bundesrat, sowie die Exponenten der Muslime in der Schweiz betonen hingegen, dass es sich bei diesem Konflikt nicht um einen Fundamentalkonflikt handle und versuchen, beide Positionen zu vermitteln (Deutungsperspektive: Meinungsfreiheit *und* Respekt, 26%). Dagegen gewichten muslimische Akteure aus dem Ausland und vereinzelt auch Vertreter christlicher Kirchen die Rücksichtnahme auf religiöse Überzeugungen höher und votieren für eine partielle Einschränkung der Meinungsfreiheit (Deutungsperspektive: Respekt vor religiösen Überzeugungen, 9%).

Graphik 7: Zentrale Deutungsperspektiven in der Berichterstattung zum Karikaturenstreit



Die Darstellung zeigt die Deutungsperspektiven, welche die Berichterstattung zum Karikaturenstreit prägten. Pro Beitrag wurden maximal drei Deutungsperspektiven erfasst.

Lesebeispiel: In 18% aller erfassten Deutungsperspektiven (n = 214) wurde der Karikaturenstreit unter der Deutungsperspektive des „clash of civilizations“ erfasst

In der Berichterstattung über den Karikaturenstreit erreicht der grundsätzliche Dualismus in der These eines „clash of civilizations“ (18%) in den untersuchten Medien erstmals Definitionshoheit. Diese Deutungsperspektive wird vor allem durch die Medien selbst vermittelt (46%) und vereinzelt durch rechtspopulistische Akteure aufgegriffen. Während allerdings die *NZZ* und die *SonntagsZeitung* im Sample diese Deutungsperspektive kritisch beurteilen, wird sie durch den *Blick* und die *Weltwoche* gestützt. Die *Weltwoche* sieht in diesem Kontext bereits eine drohende Intifada in Europa.²³ Im *TagesAnzeiger* finden sich sowohl Beiträge, die den Karikaturenstreit als Ausdruck des „clash of civilizations“ interpretieren wie auch solche, die diese Deutungsperspektive kritisch reflektieren²⁴. Zudem werden von den Medien häufig andere Medien (17%) oder internationale politische Akteure (11%) und internationale muslimische Akteure (9%) zitiert, die den Karikaturenstreit ihrerseits als Ausdruck eines Kampfes der Kulturen interpretieren. Muslime aus der Schweiz interpretieren den Karikaturenstreit dagegen nie unter der Perspektive des „clash of civilizations“. Vor dem Hintergrund von Deutungsperspektiven, die die Meinungsfreiheit in westlichen Demokratien durch den Einfluss der Muslime und einer als falsch beurteilten Appeasementpolitik gegenüber dem Islam als gefährdet ansehen,

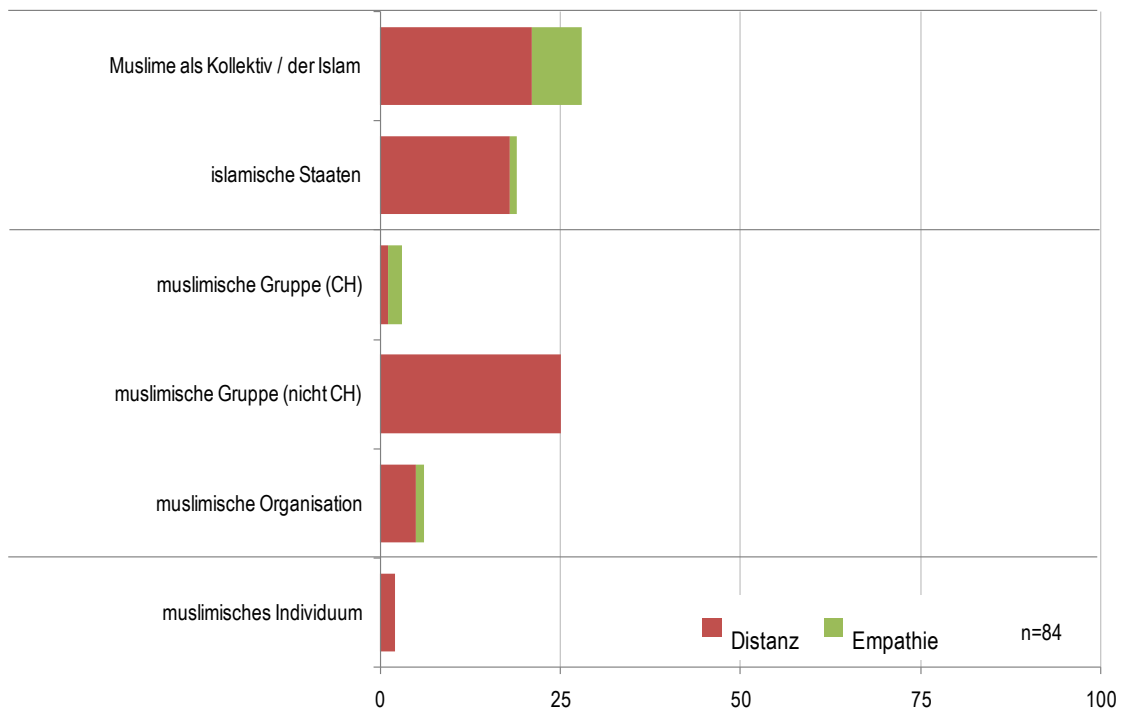
²³ *Weltwoche*, 9. Februar 2006, *Intifada in Europa*.

²⁴ Die Beiträge, die explizit auf Huntingtons Konzept des *clash of civilizations* verweisen, lehnen dieses Deutungsmuster ab. Als Beispiel: „Die Empörung über zwölf Karikaturen, die den Propheten Mohammed zeigen, kocht hoch. Da verteidigen die Hüter der abendländischen Zivilisation tapfer die Meinungs- und Pressefreiheit. Und da reagieren militante Muslime mit Demonstrationen, Boykotten und Mordaufrufen gegen diese angebliche Verletzung ihrer religiösen Gefühle. Beginnt nun der *Clash of Civilizations*, den Samuel Huntington vorhergesagt hat? Gewiss nicht.“ (*Tages Anzeiger*, „Zündeln mit Mohammed“, 3. Februar 2006)

verlieren Perspektiven, die zugunsten des religiösen Friedens auf Respekt vor religiösen Überzeugungen bestehen (9%) und Kritik an der Instrumentalisierung des Konfliktes durch rechtspopulistische Akteure in Dänemark wie in der Schweiz üben (6%), an Resonanz.

Wie Graphik 8 verdeutlicht, ist das in der Berichterstattung vermittelte Bild muslimischer Akteure überwiegend durch Distanz erzeugende Typisierungen geprägt. Zudem zeigt sich im Vergleich zur Berichterstattung über den Fall Hani Ramadan eine deutliche Zunahme pauschalisierender Typisierungen muslimischer Akteure. Diese Pauschalisierung manifestiert sich an der Zunahme der Aussagen, in denen Muslime respektive der Islam generell typisiert werden – und dies sowohl in Distanz vermittelnder wie in Empathie fördernder Absicht (vgl. Graphik 8). Diese Zunahme von Pauschalisierungen verstärkt sich – wie gleich zu zeigen sein wird – in der Berichterstattung zur Minarettinitiative.

Graphik 8: *Typisierung und Pauschalisierung muslimischer Akteure in der Berichterstattung zum Karikaturenstreit*



Die Darstellung zeigt die Typisierungen, mit denen muslimische Akteure in der Berichterstattung zum Karikaturenstreit belegt wurden. Unterschieden werden einerseits die Anteile der Distanz erzeugenden (rot) und Empathie erzeugenden (grün) Typisierungen und andererseits in der Skala von Kollektiv zu Individuum der Grad der pauschalisierenden Typisierungen.

Lesebeispiel: 28% aller erfassten Typisierungen muslimischer Akteure (n = 84) sind pauschalisierend und beziehen sich auf alle Muslime resp. den Islam als Gesamtheit. Davon sind 21% Distanz erzeugende und 7% Empathie erzeugende Typisierungen.

Durch die intensive Berichterstattung zum Karikaturenstreit erhält die Deutungsperspektive des „clash of civilizations“ hohe Resonanz. Zudem nehmen im Vergleich zur Berichterstattung über den Fall Hani Ramadan die pauschalisierenden Typisierungen „der Muslime“ resp. „des Islam“ deutlich zu – und dies sowohl in bei Distanz wie bei Empathie erzeugenden Typisierungen. In der Kampagne für die Mi-

minarett-Initiative, die im Wahljahr 2007 lanciert wird, können sich diese Deutungsperspektiven auch in der innenpolitischen Diskussion der Schweiz etablieren.

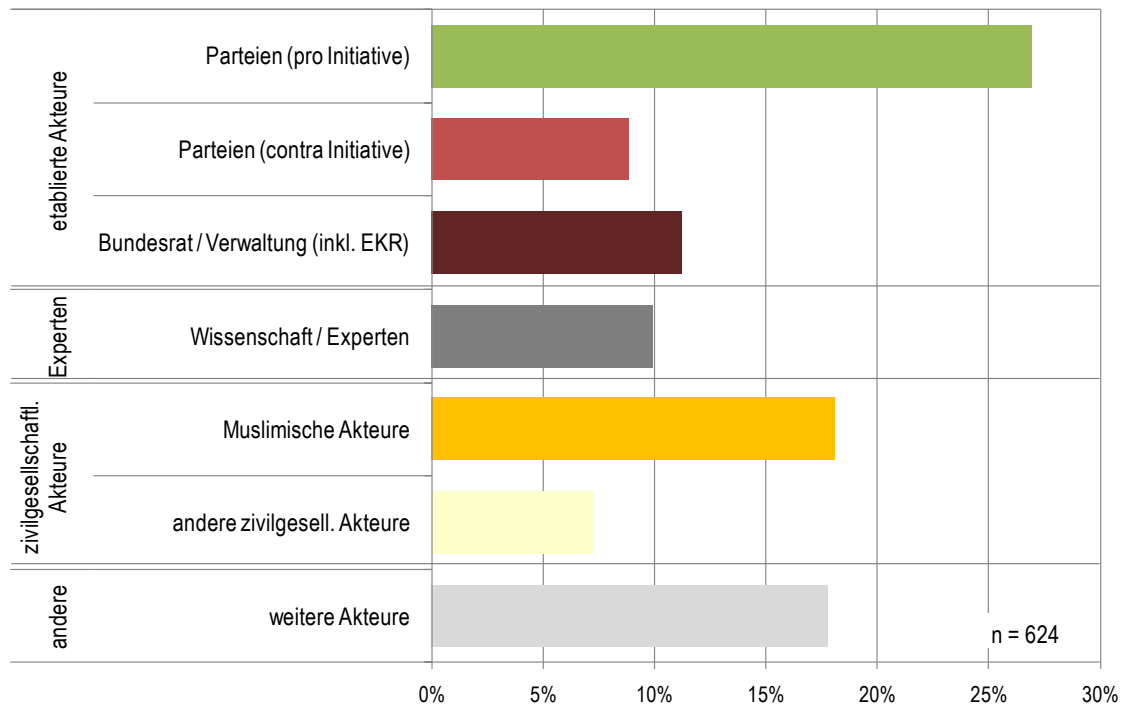
3.3.3. Minarettinitiative

Dem Kommunikationsereignis Minarettinitiative kommt hinsichtlich der Interdependenz zwischen dem Mediensystem und dem politischen System eine besondere Bedeutung zu. Denn im direktdemokratischen System der Schweiz können Akteure mit dem Instrument der Volksinitiative ihre Problematisierungen nicht nur an das politische System herantragen, sondern – sofern sie in Volksabstimmungen Mehrheiten erringen – auch politische Lösungen in Form von Verfassungsänderungen implementieren, die den Gesetzgeber zu einer Regulierung verpflichten. Durch Kampagnen erzeugte kommunikative Macht wird so nicht nur mittelbar als Input an das politische System (vgl. Habermas 1992: 440-464, Peters 1993: 340ff., Imhof 2008: 67), sondern unmittelbar steuerungswirksam. Durch dieses direktdemokratische Element wird die öffentliche Auseinandersetzung intensiviert und die Vermittlungsleistungen der Medien werden zu einem entscheidenden Faktor der Entscheidungsfindung (vgl. Schneider 2003). Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zu beachten, dass die direkte Demokratie „ein scharfes mehrheitsdemokratisches Schwert [...] – und allein deshalb für Minderheiten potenziell gefährlich“ ist (Schmidt 2008:352; vgl. auch Vatter 2011).

Wenn wir die Vielfalt der Akteure betrachten, die mit ihren Deutungsperspektiven zur Initiative zu Wort kommen, so zeigt sich, dass die Medien sowohl die Positionen etablierter politischer Akteure (Bundesrat und Verwaltung 11% sowie politische Parteien 36%) als auch zivilgesellschaftlicher Akteure (Muslime 18%; andere zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere Vertreter der christlichen Konfessionen, 7%) vermitteln. Daneben zeigt sich wie schon in der Berichterstattung zum Karikaturenstreit die Bedeutung von Expertenquotes (10%), die sowohl zur Bekräftigung wie auch zur Reflexion von Deutungsperspektiven eingesetzt werden (vgl. Graphik 9). Auf den ersten Blick lässt sich also eine Vielfalt von Akteuren in der Berichterstattung zur Minarettinitiative konstatieren.

Allerdings kann das Qualitätskriterium der Akteursvielfalt erst schlüssig validiert werden, wenn wir es in Beziehung zu dem der Relevanz setzen. Denn Vielfalt heisst nicht einfach, dass alle möglichen Akteure gleichmässig vertreten sind, sondern dass jene Akteure, die für die Lösung des zur Diskussion stehenden Problems repräsentative Aussagen machen können, angemessen zu Wort kommen. Dies bezieht sich zum einen auf die angemessene Repräsentation der Positionen der Parteien, die im Parlament vertreten sind, sowie zum anderen auf die Gegenüberstellung der Positionen der Initianten und der Gegner der Initiative. Beide Relevanzkriterien wurden nicht erfüllt: Zum einen wird in der Kampagnenberichterstattung das Mehrheits-Minderheitenverhältnis für bzw. gegen die Initiative in der Abstimmung im Parlament nicht annähernd gespiegelt und zum anderen treten in der Medienarena nicht in erster Linie die Befürworter und Gegner der Initiative gegeneinander an, sondern die Befürworter und Muslime.

Graphik 9: Vielfalt der Akteure – Sprecher in der Berichterstattung zur Minarettinitiative



Die Darstellung zeigt die Akteursgruppen, die in der Berichterstattung zur Minarettinitiative mit ihren Deutungsperspektiven Resonanz erzeugen können. Pro Beitrag wurden maximal drei Akteure und die zugehörigen Deutungsperspektiven erfasst.

Lesebeispiel: Die Parteien, die sich für die Initiative aussprechen, sind mit knapp 27% aller Resonanz erhaltenden Akteure (n = 624) die resonanzstärkste Akteursgruppe.

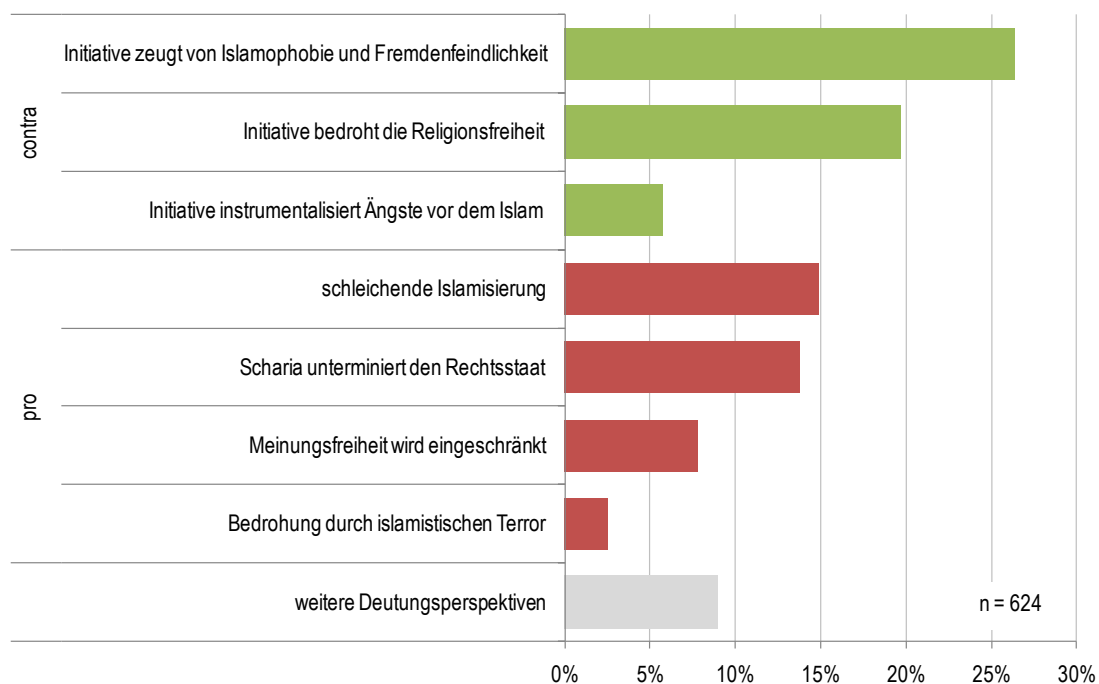
In beiden Kammern des eidgenössischen Parlamentes ist die Initiative diskutiert und mit klaren Mehrheitsverhältnissen (Nationalrat 78%, Ständerat 93%) abgelehnt worden. Nehmen wir diese Mehrheitsverhältnisse als Richtgrösse für die Resonanz der jeweiligen politischen Parteien in der massenmedialen Berichterstattung, so zeigt sich ein bemerkenswertes Phänomen: Im Wechsel von der parlamentarischen zur medialen Arena werden die Mehrheitsverhältnisse umgekehrt. In der Medienberichterstattung erhalten die gegen die Minarettinitiative votierenden Parteien nur noch rund einen Viertel der Resonanz, während die das Verbot befürwortenden Parteien drei Viertel der Resonanz aller Parteiakteure erzielen können.

Diese deutliche Ungleichverteilung erklärt sich zum einen aus dem Umstand, dass es den Initianten aus dem Kreis der SVP und der EDU gelungen ist, die Kampagnenführerschaft während der gesamten Berichterstattungsphase zu behalten und mit der Lancierung des Minarett-Plakates und des Internet-Minarettspiels auch die finale Kampagne zu bestimmen. Dies wird durch die Zurückhaltung der Gegner der Initiative verstärkt. Die entsprechenden Parteien, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften engagieren sich erst sehr spät. Dieses schwache Engagement wurde von der praktisch unisono geteilten Einschätzung begleitet, dass die Initiative chancenlos sei.

Die geringe Profilierung der das Minarettverbot ablehnenden politischen Parteien und Interessensorganisationen macht deren Repräsentation für die Medien wenig attraktiv. Wesentlich höhere Aufmerksamkeitswerte erwarten die Medien, wenn die Debatte als Auseinandersetzung zwischen den Muslimen in der Schweiz und den

Initianten dargestellt wird. Durch die intensive Reaktion der Medien auf die aufmerksamkeitsheischende Kampagne der Befürworter und durch die Gegenüberstellung von Muslimen und Initianten seitens der Medien wurden nicht nur die Mehrheitsverhältnisse im Parlament in der medienvermittelten Öffentlichkeit verfehlt, sondern die öffentliche Auseinandersetzung wurde auch zu einem Konflikt zwischen Verbotsbefürwortern und Muslimen. Deshalb bilden die befürwortenden Parteien und muslimische Akteure die beiden resonanzstärksten Akteursgruppen.

Graphik 10: Zentrale Deutungsperspektiven in der Berichterstattung zur Minarettinitiative



Die Darstellung zeigt die Deutungsperspektiven, welche die Berichterstattung zur Minarettinitiative prägten. Pro Beitrag wurden maximal drei Deutungsperspektiven erfasst.

Lesebeispiel: In knapp 15% aller erfassten Deutungsperspektiven (n = 624) wurde die Minarettinitiative als Mittel gegen eine schleichende Islamisierung gedeutet.

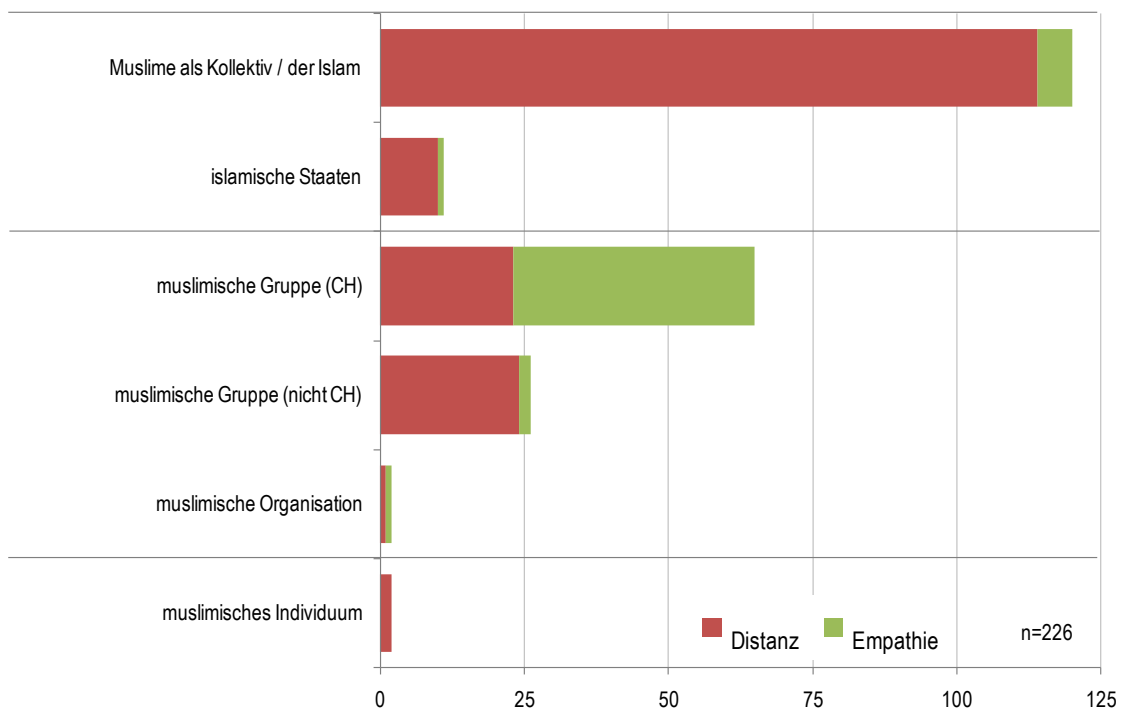
Wenn wir nun die Meinungsvielfalt unter dem Aspekt der Vielfalt von und den Auseinandersetzungen über Deutungsperspektiven betrachten, dann zeigt sich, dass es den befürwortenden Akteuren in der langen Berichterstattungsphase seit April 2006 gelingt, das Bild einer durch eine schleichende Islamisierung, islamistischen Terror und die Etablierung von Parallelgesellschaften mit eigenem Recht (Scharia) bedrohten Schweiz zu evozieren (vgl. Graphik 10). Bemerkenswert ist, dass die Gegner der Initiative diese Deutungsperspektiven kaum bestreiten. Dafür verweisen die Gegner des Minarettverbotes wie mehrheitlich auch die Medien auf den islamophoben und fremdenfeindlichen Charakter der Vorlage und fordern mit Verweis auf die Religionsfreiheit Toleranz. Das wird von den Befürwortern des Minarettverbotes noch weniger bestritten. Mit anderen Worten: es findet kaum eine Auseinandersetzung um Deutungsperspektiven und ihren Erklärungsgehalt für spezifische Phänomene statt. Die öffentliche Kontroverse über die Minarettinitiative weist eine „triadische Struktur“ auf, d.h. „die Kontrahenten adressieren ein Publikum, um

dessen Zustimmung sie werben“ (Peters 2001: 666) und führen keine Auseinandersetzung um das bessere Argument im Sinne einer deliberativen Öffentlichkeit.

In Anbetracht dieses Befundes der Repräsentation der Deutungsperspektiven gilt es auch die These zu relativieren, dass sich die Befürworter der Initiative gegen eine geschlossene Front der „classe politique“ und der Medien durchgesetzt hätten. Wie aus Graphik 10 deutlich wird, erhalten die Befürworter der Initiative nicht nur als Akteure sondern auch inhaltlich breite Resonanz.

Die Analyse der Typisierungen zeigt, dass das vermittelte Bild muslimischer Akteure durch überwiegend negative und pauschalisierende Typisierungen (rund drei Viertel der Fälle) geprägt ist (vgl. Graphik 11). Dies bedeutet, dass in den entsprechenden Aussagen kaum Unterscheidungen zwischen islamistischen Gruppierungen und der muslimischen Minderheit in der Schweiz gemacht worden sind, sondern generalisierend vom „Islam“ resp. von „den Muslimen“ die Rede ist. Im Vergleich der drei Kommunikationsereignisse zeigt sich eine massive Zunahme von pauschalisierenden Typisierungen. Während die Berichterstattung über den Fall Hani Ramadan noch weitgehend frei von pauschalisierenden Typisierungen ist (6% aller Typisierungen), steigt dieser Wert in der Berichterstattung über den Karikaturenstreit auf 35%. In der Berichterstattung über die Minarettinitiative dominieren schliesslich pauschalisierende Typisierungen und erreichen 53% aller Typisierungen. Diese Verallgemeinerungen verhindern die Einsicht in die Vielfalt muslimischer Strömungen und unterstützen einen Zusammenhang der Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft mit fundamentalistischen Positionen. Verallgemeinerungen finden sich in beiden Lagern, bei den Befürwortern der Initiative treten sie aber überdurchschnittlich häufig auf.

Graphik 11: Typisierung und Pauschalisierung muslimischer Akteure in der Berichterstattung zur Minarettinitiative



Die Darstellung zeigt die Typisierungen, mit denen muslimische Akteure in der Berichterstattung zur Minarettinitiative belegt wurden. Unterschieden werden einerseits die Anteile der Distanz er-

zeugenden (rot) und Empathie erzeugenden (grün) Typisierungen und andererseits in der Skala von Kollektiv zu Individuum der Grad der Pauschalisierenden Typisierungen.

Lesebeispiel: 28% aller erfassten Typisierungen muslimischer Akteure (n = 84) sind pauschalisierend und beziehen sich auf alle Muslime resp. den Islam als Gesamtheit. Davon sind 21% Distanz erzeugende und 7% Empathie erzeugende Typisierungen.

Bei der Analyse der Differenzsemantiken fällt auf, dass in insgesamt 16% aller analysierten Beiträge zur Minarettinitiative das Verhältnis zwischen der schweizerischen Mehrheit und der muslimischen Minderheit nicht nur in einer, sondern gleich in mehreren Dimensionen als problematisch beschrieben wurde (Konvergenz von Differenzsemantiken). Muslime wurden somit nicht nur als fremd und mangelhaft integriert beschrieben (segmentäre Differenzsemantiken), sondern zugleich auch als bedrohliche Macht (stratifikatorische Differenzsemantik) und als unaufgeklärt respektive vormodern (temporale Differenzsemantiken) charakterisiert.

Die Berichterstattung über die Minarettinitiative war schliesslich durch eine bemerkenswerte Leerstelle geprägt: Mit Ausnahme weniger Beiträge in der Qualitätspresse wird das Spannungsverhältnis der unterschiedlichen Demokratiekonzepte auf Seiten der Befürworter und der Gegner der Initiative – Demokratie als uneingeschränkte Volksherrschaft versus Demokratie im Rahmen des Rechtsstaats, also unter Einschluss der Grundrechte – nicht reflektiert. Dies geschieht erst in der nachholenden Debatte im Anschluss an das Abstimmungsergebnis.

Im Vergleich dieser drei Fallstudien lassen sich folgende Entwicklungen festmachen:

- a) *Akteursstruktur*: Während die Berichterstattung über den Fall Hani Ramadan wesentlich durch Qualitätszeitungen geprägt wird und politische Akteure das Thema noch kaum bewirtschaften, ändert sich dies beim Karikaturenstreit. Dieses Kommunikationsereignis, das die Medien der westlichen Zentrumsländer direkt betrifft, verschafft rechtspopulistischen Akteuren sowie muslimischen Kritikern des Islam breite Resonanz in Europa. Durch die Mittel der direkten Demokratie kann dann die Problematisierung des Islam und der Muslime in der politischen Öffentlichkeit der Schweiz verankert werden. Von der Lancierung der Initiative im Hinblick auf die Eidgenössischen Wahlen 2007 bis und mit der Abstimmungskampagne 2009 konnten die Initianten auch über medienwirksame Aktionsformen die Resonanzhöhe erringen.
- b) *Vielfalt der Deutungsperspektiven*: Im Zeitverlauf zeigt sich dass sich die Deutungsperspektive des „clash of civilizations“ in der Berichterstattung über den Karikaturenstreit 2006 etablieren kann und in der Berichterstattung über die Minarettinitiative auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung über Muslime orientierungsstiftend wird. Hierzu trägt nicht nur die höhere Resonanz rechtspopulistischer Akteure bei, sondern auch der Umstand, dass im Vergleich zwischen der Berichterstattung über den Karikaturenstreit und die Minarettinitiative die Auseinandersetzung um diese Deutungsperspektive nicht nur abnimmt, sondern, dass die Kritiker der These eines grundsätzlichen kulturellen Konflikts zwischen einer westlichen Zivilisation und einer muslimischen Welt zunehmend die moralische Haltung der Toleranz, die Sorge um das Grundrecht der Religionsfreiheit und den Respekt vor religiösen Bekenntnissen in den Vordergrund rücken und die These des „clash of civilizations“ nicht mehr direkt in Frage stellen.

- c) *Zunehmende Pauschalisierungen*: Die Vereinseitigung der Deutungsperspektiven wird durch den Umstand erleichtert, dass die Wahrnehmung muslimischer Akteure zunehmend durch Pauschalisierungen geprägt ist. Während die Berichterstattung über den Fall Hani Ramadan noch weitgehend frei ist von pauschalisierenden Typisierungen muslimischer Akteure (6% aller Typisierungen; 1 von 17), steigt dieser Wert in der Berichterstattung über den Karikaturenstreit auf 35%. In der Berichterstattung über die Minarettinitiative dominieren schliesslich pauschalisierende Typisierungen (53%). Pauschalisierungen im Sinne der Wahrnehmung einer homogenen muslimischen Minderheit in der Schweiz werden auch von Gegnern des Minarettverbots verwendet. Die Forderung nach Toleranz und nach Respekt gegenüber Glaubensbekenntnissen übernimmt damit die Wahrnehmung einer muslimischen Minderheit in der Schweiz und trägt dazu bei, dass die bisherigen Herkunftstypisierungen an Bedeutung verlieren.

3.4. Medienpopulismus und politischer Populismus

Wenn wir nun die bisherigen Ergebnisse abschliessend hinsichtlich der in der *dritten Hypothese* formulierten Interdependenz von Medienpopulismus und politischem Populismus reflektieren, die durch die Herausbildung neuer Selektions-, Interpretations- und Darstellungslogiken im Zuge des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit befördert wurde, so lassen sich folgende Befunde festhalten:

- In Bezug auf die Intensität der Berichterstattung und damit auf die Aufmerksamkeitsfokussierung zeigt sich die Bedeutung des *Konflikts* als mediales Selektionskriterium. Die Berichterstattung über Muslime wird massgebend durch Konflikte angetrieben. Dies prägt nicht nur das Bild von Muslimen sondern erlaubt es auch politischen Akteuren, die Konfliktstilisierung als strategisches Instrument zur Erzeugung von Aufmerksamkeit einzusetzen. Diese Medienlogik führt in der Minarettabstimmung auch zu einer Verschiebung der Konfliktachsen: In erster Linie standen sich nicht die Befürworter und Gegner der Initiative gegenüber, sondern die Befürworter und Vertreter der Muslime.
- Das Ergänzungsverhältnis des auf Aufmerksamkeitswerte fixierten Medienpopulismus und politischen Populismus zeigte sich exemplarisch anhand des medialen Erfolgs der Kampagnenaktionen der Befürworter des Minarettverbotes. Mit dem gezielten *Tabubruch* durch das Minarettplakat und das Internet-Spiel gelingt es den Initianten, in der entscheidenden Schlussphase des Abstimmungskampfes eine massive Berichterstattungswelle auszulösen und das Kommunikationsereignis auf den ersten Platz der Medienagenda im letzten Quartal 2009 zu katapultieren.
- Von dieser Aufmerksamkeitsfokussierung durch Konflikte und Tabubrüche profitieren vor allem jene *Akteure, die in der öffentlichen Kommunikation radikale Positionen*, d.h. radikale Deutungsperspektiven und rigide Differenzsemantiken, *vertreten*. Das gilt nicht nur für rechtspopulistische Akteure sondern – im Nachgang zur Minarettabstimmung – gleichermassen für den Islamischen Zentralrat Schweiz (iZRS). Das mediale Interesse für das Abweichende ermöglicht dieser von Konvertiten geführten Splittergruppe eine hohe Resonanz, während muslimische Organisationen, die weit eher beanspruchen können, für die heterogene Gruppe der Muslime in der Schweiz als Repräsentanten aufzutreten, in der öffentlichen Kommunikation weniger Resonanzchancen erhalten.

- Aufgrund dieser medialen Selektions- und Interpretationslogiken erhalten radikale Deutungsperspektiven und rigide Differenzsemantiken, die sich in der Berichterstattung zum Karikaturenstreit etablieren und in der Debatte über die Minarettinitiative innenpolitisch relevant werden auch in jenen Medien Resonanz, die diese Deutungen nicht teilen – und das ist die überwiegende Mehrzahl der untersuchten Medien.

3.5. Auswirkungen auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess

Der Einfluss einer derartigen politischen Kommunikation über Muslime auf das politische Handeln lässt sich anhand von Abstimmungs- und Wahlentscheiden (a) sowie anhand des legislativen Prozesses im Parlament zeigen (b).

a) Die Analyse von Wahl- und Abstimmungskampagnen zeigt, dass bereits 2003 und 2004 Kampagnen, die das Fremde ergänzend zu den noch dominierenden ethnischen Beschreibungskategorien auch mit religiösen Kategorien problematisieren, an der Urne erfolgreich sind. Dies zeigt sich am Beispiel des Referendums gegen die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der zweiten und dritten Generation.²⁵ Ein überparteiliches rechtsbürgerliches Komitee warb unter anderem mit der Angst vor einer Islamisierung der Schweiz für ein Nein und hatte damit Erfolg, obwohl die Mehrheit der Parteien und Verbände für eine Annahme der Vorlage eintraten.

Während bei diesen Vorlagen das Fremde noch in unterschiedlicher Gestalt auftrat und die religiösen Beschreibungskategorien die etablierten ethnischen Beschreibungskategorien erst ergänzten, fokussierte die Kampagne für die Minarett-Initiative exklusiv auf die nun in der öffentlichen Kommunikation pauschalisierend konstruierte muslimische Minderheit in der Schweiz, problematisierte diese in der Deutungsperspektive eines „clash of civilizations“ und konnte damit an der Urne eine Zustimmung von 57.5% Ja-Stimmen zu einem Verfassungsartikel erzielen, mit dem die Rechte der muslimischen Minderheit in der Schweiz eingeschränkt werden.

Auch anlässlich der Eidgenössischen Wahlen 2007 lässt sich die Problematisierung des Islams durch rechtsbürgerliche Parteien zeigen. In der Wahlkampfkommunikation der SVP und der SD, die in diesem Wahljahr besonders stark durch die Problematisierung von Ausländern – häufig in generalisierender Weise – geprägt ist, sind Muslime mit 17% eine der grössten problematisierten Teilgruppen (Ettinger et al. 2007).

Während somit die in der medienvermittelten öffentlichen Kommunikation etablierten Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken gegenüber Muslimen über die Instrumente der direkten Demokratie steuerungswirksam werden können, ist ihre Wirkung auf den parlamentarischen Entscheidungsfindungsprozess bis anhin weniger ausgeprägt.

b) Die Analyse der Parlamentsdebatten zeigt, dass Muslime vor allem in den wenig verbindlichen parlamentarischen Vorstössen (Einfache Anfrage, Fragestunde, Interpellation) thematisiert werden, mit denen Parlamentarierinnen und Parlamentarier relativ rasch auf wahrgenommene gesellschaftliche Problemlagen reagieren respektive diese verstärken können. Die verbindlicheren Vorstösse (Postulat, Motion) machen nur 16% aller Vorstösse aus. In Anschluss an ein Argument von Hans Mathias Kepplinger liesse sich der Befund eines deutlichen Überhangs unverbindlicher

²⁵ Bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. September 2004 wurden der „Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation“ mit 55.8% und der „Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation“ mit 51.6% abgelehnt.

Vorstösse – mit der gebotenen Vorsicht – als Indiz dafür werten, dass es bei der Diskussion um Muslime im eidgenössischen Parlament primär nicht um die Herstellung von allgemeinverbindlichen Entscheidungen, sondern um die Generierung von Aufmerksamkeit geht (Kepplinger 1998: 152-156).

Um dies aber stichhaltig prüfen zu können, hätten für alle parlamentarischen Vorstösse die Bezüge zur Medienberichterstattung und vice versa für die Medienberichterstattung die Bezüge auf die parlamentarischen Vorstösse systematisch erhoben werden müssen: Konkret bedeutet dies ein Forschungsdesign, dass sowohl den Einfluss von Thematisierungen auf die Vorstösse (explizit anhand von Verweisen in den Voten und implizit anhand von Kommunikationsverdichtungen in der medialen Arena, die eine Übertragung der Problematisierung aus dieser Arena in die parlamentarische Arena plausibel erscheinen lassen) wie auch die Resonanz dieser Vorstösse erfasst werden müssen. Bei letzterem wäre insbesondere von Interesse, welche politischen Akteure mit welchen Vorstössen (unterschieden nach Form wie Inhalt) überhaupt Resonanz erzeugen können. Dies konnte im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden und muss weiteren Forschungsanstrengungen vorbehalten bleiben.

Feststellen lässt sich jedenfalls, dass die Motionen keine Unterstützung finden und abgeschrieben werden.

Inhaltlich dominieren in diesen Vorstössen einerseits Deutungsperspektiven, die Wertkonflikte ins Zentrum stellen (z.B. Scharia vs. demokratischer Rechtsstaat) und andererseits Deutungsperspektiven, die eine Bedrohung durch die Verbreitung islamistischen Gedankenguts oder Bedrohung durch islamistischen Terror artikulieren. Letztere werden vor allem von Parlamentariern der SVP-Fraktion aber auch von Vertretern der CVP und der FDP-Fraktionen in die Diskussion eingebracht. Im Zeitvergleich zeigt sich, dass die Parlamentarier der SVP-Fraktion ihre Vorstösse nach 9/11 und insbesondere nach dem Karikaturenstreit intensivieren; während sich bei den anderen Fraktionen keine nennenswerten Veränderungen feststellen lassen (vgl. Graphik 12).

Die unter der Kategorie „Debatte“ erfassten 79 Voten stammen aus der Beratung der beiden Räte zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“. Wie in der medialen Arena stehen auch in der parlamentarischen Arena die zentralen Deutungsperspektiven unvermittelt nebeneinander. Während die Gegner der Initiative mit Verweis auf die Religionsfreiheit Toleranz einfordern und die Bewahrung der religiösen Friedens anmahnen sowie den Initianten eine populistische Instrumentalisierung des Themas Islam vorwerfen²⁶, betonen die Befürworter die Gefahr einer (schleichenden) Islamisierung²⁷, des islamistischen Terror und der Etablierung von Parallelgesellschaften mit eigenem Recht (Scharia) und beschreiben den Islam als aggressive und gewalttätige Religion. Ähnlich wie in der medialen Kommunikation findet kaum eine Auseinandersetzung mit diesen Deutungsperspektiven statt. Dies erklärt sich einerseits aus dem Umstand, dass der Positionsbezug zur Initiative dichotom (Empfehlung Zustimmung oder Ablehnung) ist und es keinen Kompromiss im Sinne beispielsweise eines Gegenvorschlag zu erzielen gilt²⁸ und andererseits

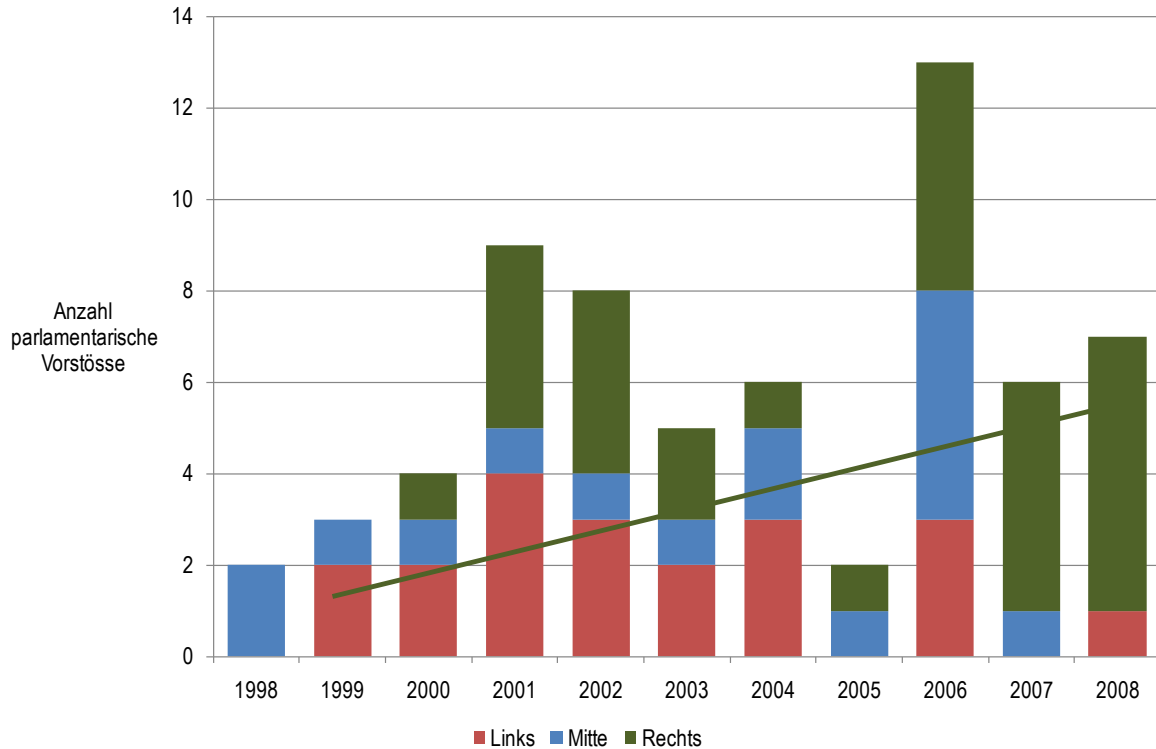
²⁶ Als Beispiel: NR Andrea Hämmerle (SPS): „Die Minarett-Initiative ist ein Schulbeispiel für eine rechtspolitische Scheinpolitik“.

²⁷ Als Beispiel: NR Jasmin Hutter (SVP): „Vielfach lesen und hören wir von der schleichenden Islamisierung. Ich nenne das nicht mehr schleichend; unsere Gesellschaft wird tagtäglich aufs Neue islamisiert.“

²⁸ Eine Ausnahme davon bildet die Debatte um die Frage, ob die Initiative für ungültig zu erklären sei. Hier verlaufen die Fronten auch nicht zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Initiative sondern innerhalb des Lagers der Gegner. In diesem Teilaspekt der Debatte um die Minarettinitiative gibt es auch eine Auseinandersetzung über unterschiedliche Demokratieverständnisse.

aus der Orientierung der Votanten an den Stimmbürgern und damit an der Medienberichterstattung, die es angesichts der bevorstehenden heissen Phase des Abstimmungskampfes zu beeinflussen gilt.

Graphik 12: Anzahl der parlamentarischen Vorstösse mit Bezug auf Muslime im Nationalrat von 1998 bis 2008 nach politischem Lager



Die Darstellung zeigt die Zahl der parlamentarischen Vorstösse pro Jahr unterschieden nach den politischen Lagern Links (SPS, GPS), Mitte (CVP, FdP) und Rechts (SVP, SD, Lega).

Fassen wir die Ergebnisse zur parlamentarischen Diskussion über Muslime anhand der parlamentarischen Vorstösse und der Debatte über die Minarettinitiative zusammen, so lässt sich auch in der parlamentarischen Arena nach 2006 eine Etablierung radikaler Deutungsperspektiven und rigider Differenzsemantiken beobachten. Anders als an der Urne sind diese bis anhin jedoch im Parlament nicht mehrheitsfähig. Alle diesbezüglichen Vorstösse wurden bisher abgelehnt oder abgeschrieben.

4. Zusammenfassung

Das Forschungsprojekt wurde von folgenden Fragen geleitet: Wann und unter welchen Voraussetzungen werden muslimische Akteure zu einem wichtigen, d.h. resonanzstarken Thema öffentlicher Kommunikation, durch welche Deutungsperspektiven wird diese Aufmerksamkeitsfokussierung angeleitet, welche Differenzsemantiken bestimmen das Verhältnis zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den muslimischen Minderheiten, welche Akteure vermögen ihre Deutungsperspektiven und die damit verbundenen Differenzsemantiken in der öffentlichen Kommunikation zu etablieren und welchen Einfluss hat dies auf die politische Regulierung? Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, ob und in welchem Ausmass sich über die Zeit eine Vereinseitigung der Deutungsperspektiven und eine Rigidisierung von Differenzsemantiken zeigt.

Um Erklärungen für diese Dynamik zu entwickeln, prüften wir, inwieweit die Deutungsperspektive des „clash of civilizations“ in die orientierungsstiftende Nachfolge des Blockantagonismus im Kalten Krieg tritt und inwieweit Medienlogiken die Problematisierung des Fremden begünstigen.

Die Analyse der zentralen Deutungsperspektiven und Differenzsemantiken, der Berichterstattung in der Medienarena und der Vorstösse und Debatten in der parlamentarischen Arena hat folgende zentrale Ergebnisse erbracht:

- Die Problematisierung muslimischer Akteure in der Schweiz entwickelt sich im Kontext internationaler Konflikte und Kriege, die mit 9/11 nochmals verstärkt Aufmerksamkeit in der Medienarena der Schweiz erhalten.
- Nach 9/11 erweisen sich als Schlüsselkommunikationsereignisse in diesem Prozess die Anschläge in Madrid und London sowie die Auseinandersetzungen über den sogenannten Karikaturenstreit. Denn während vor den Anschlägen in Madrid – und das heisst auch noch nach den Anschlägen von 9/11 – muslimische Akteure in der Schweiz überwiegend als Opfer der mangelnden Integrationsbereitschaft der schweizerischen Gesellschaft dargestellt werden, können rechtskonservative und rechtspopulistische Akteure nach Madrid und verstärkt nach dem Karikaturenstreit Differenzsemantiken Resonanz verschaffen, die die Muslime in der Schweiz als Bedrohung, vereinzelt sogar als fünfte Kolonne beschreiben. Dadurch beginnen sich in der öffentlichen Kommunikation generell pauschalisierende und essentialistische Beschreibungen des Islam zu etablieren.
- Die Wahrnehmung muslimischer Akteure wird zunehmend durch Pauschalisierungen geprägt. Während die Berichterstattung über den Fall Hani Ramadan noch weitgehend frei ist von pauschalisierenden Typisierungen muslimischer Akteure (6% aller Typisierungen), steigt dieser Wert in der Berichterstattung über den Karikaturenstreit auf 35%. In der Berichterstattung über die Minarettinitiative dominieren schliesslich pauschalisierende Typisierungen und erreichen einen Wert von 53% aller Typisierungen. Diese pauschalisierende Typisierung „der Muslime“ wird auch von den Medien und von den Gegnern der Minarettinitiative übernommen.
- Dadurch werden die ursprünglichen, auf die nationalen Herkunftskontexte der Immigranten bezogenen Typisierungen durch eine religiöse Typisierung überformt und verdrängt. In kurzer Zeit wird dadurch nicht nur eine neue Minderheit in der Schweiz konstruiert, sondern diese Minderheit erscheint auch als potentielle Gefahr für die Schweiz.

- Ab 2006 etabliert sich die Deutungsperspektive eines „clash of civilizations“. Zwar erreicht dieses Bedrohungsbild nicht die orientierungsstiftende Kraft, die in der Hochphase des Kalten Krieges dem Bedrohungsbild des Kommunismus inne war. Die Mehrzahl der Medien und der politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteure teilen dieses Bedrohungsbild nicht und betonen die Bedeutung der Religionsfreiheit oder thematisieren Muslime in der Opferrolle, aber die Existenz eines grundsätzlichen Wertekonflikts wird dadurch nicht bestritten und implizit durch die pauschalisierende und Distanz erzeugende Typisierung der Muslime gestützt. Zur Etablierung dieser Deutungsperspektive eines „clash of civilizations“ trägt auch bei, dass die kritische Auseinandersetzung mit ihr nach 2006 abnimmt.
- Zwar erhöhen die Medien die Intensität der Problematisierung der muslimischen Akteure in der Schweiz nicht von sich aus, aber die im neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit ausdifferenzierten medialen Selektions-, Interpretations- und Darstellungslogiken sorgen für eine hohe Resonanz für Tabubrüche (z.B. Minarettplakat) und für Akteure – auch auf Seiten der kollektiv typisierten Muslime –, die radikale Deutungsperspektiven und rigide Differenzsemantiken bewirtschaften.
- Auch wenn im Parlament bisher Vorstösse zur Beschränkung der Rechte der muslimischen Minderheit scheitern, so führt die zunehmende Problematisierung und Pauschalisierung der Muslime in der Schweiz und ihre Interpretation im Lichte der Deutungsperspektive des „clash of civilizations“ dazu, dass an der Urne Vorlagen zur Beschränkung von Minderheitenrechten Mehrheiten finden.

5. Empfehlungen und Ratschläge

- a) *Negative Identitätsdefinition: Gemeinsamkeitsglauben bzw. Identität ist die Voraussetzungen demokratischer Selbstregulation. Kollektive Identität konstituiert sich in der öffentlichen Kommunikation immer über die Abgrenzung vom Fremden und über ein historisch begründetes Selbstverständnis. Diese Balance aus Abgrenzung und historischen Bezügen ist in der Schweiz gestört. Die Identitätskonstitution erfolgt praktisch ausschliesslich in Differenz zum Fremden in- und ausserhalb der Schweiz. Bloss negative Identitätskonstitution bedeutet einen unendlichen Regress. Entsprechend ist die Identitätspolitik in der Schweiz zum bestimmenden Thema geworden. Daraus leitet sich die erste Empfehlung ab: Die Schweiz benötigt eine Identitätsdebatte aus sich selbst heraus.*

In keiner Periode der Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft erfolgt die demokratienotwendige Konstitution eines Gemeinsamkeitsglaubens derart einseitig über die Abgrenzung vom Fremden wie seit dem Ende des Kalten Krieges. Den Überfremdungsdebatten bereits im „Fenster des Kalten Krieges“ zur Zeit der Ostverträge und der Entspannungspolitik Ende der 1960er und in den 1970er Jahren folgte eine Problematisierung des Fremden seit dem Ende des Kalten Krieges in dicht aufeinanderfolgenden Wellen. Nun erfolgt die Konstitution von Identität immer in Abgrenzung vom Nicht-Zugehörigen, aber die Leerstelle einer Identitätsdebatte hinsichtlich der politischen, kulturellen, ökonomischen und verfassungsrechtlichen Eigenheiten der Schweiz und ihrer Rolle in der Welt ist deutlich. Auch die Konstitution

und die Problematisierung der muslimischen Minderheit in der Schweiz sind davon gekennzeichnet, und deshalb sind sie etwa auch weitgehend frei von Bezügen zur äusserst schwierigen Etablierung des Religionsfriedens in der Schweiz. Wie u.a. die Analyse der Berichterstattung zur Minarettinitiative am Beispiel der erst nachholenden Diskussion bezüglich des Ergänzungs- und nicht Oppositionsverhältnisses von Demokratie und Rechtsstaat gezeigt hat, steckt eine Diskussion über die Errungenschaften und Lücken der schweizerischen Verfassungs- und Institutionenentwicklung jedoch in den Kinderschuhen. Dieser Befund kann verallgemeinert werden. Er gilt nicht nur für die Debatte um das Verhältnis zur muslimischen Minderheit, sondern generell für Prozesse der Problematisierung des Fremden. Und er gilt nicht nur für die öffentliche Diskussion, sondern auch für die wissenschaftliche Beschäftigung mit ihr. Eine erste Anregung lautet daher, der Frage der schweizerischen Identität ein Forschungsprojekt zu widmen, dass diese gestörte Balance aus Abgrenzung vom Fremden und der politischen, kulturellen, ökonomischen und verfassungsrechtlichen Eigenheiten der Schweiz und ihrer Rolle in der Welt zum Thema macht.

- b) *Historisch vergleichende Aufarbeitung der Integrationsleistungen der Schweiz und Gewinnung von Erkenntnissen bezüglich der Überwindung rigider Differenzsemantiken:*

Wie bereits erwähnt fügt sich die Konstitution und Problematisierung der muslimischen Minderheit in der Schweiz in eine Tradition der negativen Identitätskonstitution, wobei die Rolle des Fremden unterschiedliche Gestalt – Arbeitsmigranten aus Südeuropa, Asylbewerber, kriminelle Ausländer oder jüngst auch gut ausgebildeten Arbeitskräften aus Deutschland – einnehmen kann. Diesem in der Forschung recht gut beleuchtetem Phänomen steht eine Reflexion auf die Integrationsleistungen der Schweiz entgegen. Hinter der Abfolge des problematisierten Fremden „versteckt sich“ eine Abfolge der Integration deren Erfolg kein Thema politischer und kaum ein Thema wissenschaftlicher Analyse bildet. Die Aktualitätsorientierung insbesondere auch der geförderten Forschungsprogramme konzentriert sich auf die jeweils politischen relevanten Debatten, ohne dass die Schmelztiegelfunktion der Schweiz adäquate Beachtung gefunden hätte. Aus dieser Erkenntnis empfehlen wir zweitens Integrationsprozesse *aufzuarbeiten*. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, *wie rigide Differenzsemantiken überwunden werden konnten*, so dass die einstmals problematisierten Fremden zu Zugehörigen werden. Aus den Ergebnissen der Analyse früherer Fälle liessen sich dann Empfehlungen für aktuelle Fälle ableiten.

- c) *Systematische Beobachtung der Qualität öffentlicher Kommunikation und Stärkung der Medienkompetenz vor allem jüngerer Mediennutzer:*

Die analysierten Beschränkungen der Rationalität der öffentlichen Kommunikation sind nicht einfach zu überwinden, denn sie haben strukturelle Ursachen. Auf Seiten der Medien erhöht der Prozess der Kommerzialisierung und der damit verbundene Kampf um Auflagezahlen und Einschaltquoten den Druck auf vermeintlich publikumsgerechte Strategien der Vereinfachung durch Konfliktstilisierung und Personalisierung, der erhöhten Aufmerksamkeit für abweichende Positionen und der – gemessen an ihrer politischen Bedeutung innerhalb der muslimischen Population der Schweiz – völlig überzogenen Resonanz von Protagonisten des Islamischen Zentralrats in Thun im Nachgang zur Minarettdebatte. Diese, durch Nachrichtenwerte gesteuerte Thematisierung von Fremdgruppen bildet günstige Opportunitätsstrukturen für politische Akteure, die sich auf die Problematisierung des Fremden einer-

seits, der Gegenüberstellung von Volk und Elite andererseits spezialisieren. Angesichts dieses Zusammenhangs von Medienpopulismus und politischem Populismus erhöht sich der Bedarf an einer Reflexion der Qualität öffentlicher Kommunikation. Diese Reflexion wird kaum noch durch die Medienkritik selbst wahrgenommen. Wichtig sind deshalb *medienexterne Instanzen zur Beobachtung der Qualität öffentlicher Kommunikation*.²⁹ Entsprechend empfehlen wir, solche Bestrebungen zur Beobachtung der Qualität öffentlicher Kommunikation (in Form von Blogs, Vereinen oder wissenschaftlichen Studien) zu fördern.

Eine ganz zentrale Leerstelle ist allerdings die Vermittlung von Medienkompetenz bei Jugendlichen. Jugendliche und junge Erwachsene stellen den höchsten Anteil des Konsums von qualitätsschwachen Gratismedien und sind der entsprechenden Vermittlung des Politischen am meisten ausgesetzt. Medienkompetenz ist jedoch eine zentrale Ressource der Wissensgesellschaft und wird in der Schweiz vernachlässigt. Wir empfehlen mit Nachdruck die Förderung dieser Kompetenzen in Berufsschulen und Gymnasien.

²⁹ Der fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft selbst hat zu dieser Reflexion durch das Jahrbuch *Qualität der Medien 2010*. Schweiz, Suisse, Svizzera beigetragen. Die Analyse der Qualität der Berichterstattung über die Minarett-Initiative ist als Vertiefungsstudie Bestandteil des Jahrbuchs *Qualität der Medien 2010*. Da zu erwarten ist, dass die Virulenz identitätspolitischer Fragen gerade im Wahljahr 2011 nicht abnehmen wird, werden sich auch das Jahrbuch 2011 und 2012 mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Zitierte Literatur

- Ansolabehere, Stephen; Iyengar, Shanto (1994): Riding the wave and claiming ownership over issues: The joint effects of advertising and news coverage in campaigns, in: *Public Opinion Quarterly* 58, S. 335–357.
- Behloul, Samuel M. (2005): Religionspluralismus: europäischer 'Normal-' oder 'Notfall'? Muslimische Migranten in der Schweiz und die Einbettung in den öffentlichen Raum. In: Baumann, Martin / Behloul, Samuel M. (Hg.): *Religiöser Pluralismus. Empirische Studien und analytische Perspektiven*, Bielefeld: transcript, S. 145-169.
- Behloul, Samuel M. / Lathion, Stéphane (2007). Muslime und Islam in der Schweiz: Viele Gesichter einer Weltreligion. In: Baumann, Martin / Stolz, Jörg (Hg.): *Eine Schweiz – viele Religionen. Risiken und Chancen des Zusammenlebens*, Bielefeld: transcript, S. 193-207.
- Blumler, Jay G. / Kavanagh, Dennis (1999): The Third Age of Political Communication: Influences and Features. In: *Political Communication* 16, S. 209-230.
- Bonfadelli, Heinz (2007): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in den Massenmedien. In: Bonfadelli, Heinz / Moser, Heinz (Hg.): *Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95–116.
- Brosius, Hans-Bernd / Eps, Peter (1993): Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylanten. In: *Rundfunk und Fernsehen*, Jg. 41, 1993/4, S. 512-530.
- d'Haenens, Leen / Bink, Susan (2007): Islam in the Dutch press: with special attention to the *Algemeen Dagblad*. In: *Media, Culture & Society*, Vol. 29, No. 1, S. 135–149.
- Dolezal, Martin / Helbling, Marc / Hutter, Swen (2010): Debating Islam in Austria, Germany and Switzerland: Ethnic Citizenship, Church–State Relations and Right-Wing Populism. In: *West European Politics*, Vol. 33, Issue 2, S. 171 – 190.
- Durkheim, Émile (1977): *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt/M. Suhrkamp.
- Eisenegger, Mark / Udris, Linards (2007) : Jewish and Muslim Actors in the Media: Presentation of a Method for Capturing Typifications of Inclusion and Exclusion. In: *Relation. Zeitschrift für vergleichende Kommunikationsforschung*, S. 121-137.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication* Vol. 43, No. 4, S. 51–58.
- Esser, Frank / Scheufele, Bertram / Brosius, Hans-Bernd (2002): *Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Ettinger, Patrik / Imhof, Kurt (2007): Religionen in der medienvermittelten Öffentlichkeit der Schweiz. In: Baumann, Martin / Stolz, Jörg (Hg.): *Eine Schweiz – viele Religionen. Risiken und Chancen des Zusammenlebens*, Bielefeld: transcript, S. 285-300.
- Ettinger, Patrik / Udris, Linards (2009): Islam as a Threat? Problematisation of Muslims in the Mass Media and Effects on the Political System. in: Marsden, Lee / Savigny, Heather (Hg.): *Media, Religion and Conflict*, Farnham: Ashgate, S. 59-79.
- Ettinger, Patrik/ Imhof, Kurt/ Udris, Linards (2007): *Ausländer und ethnische Minderheiten in der Wahlkampfkommunikation. Analyse der massenmedialen Berichterstattung und der Inserate zu den Eidgenössischen Wahlen 2007. Studie des Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich im Auftrag der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR)*.
- Flood, Chris / Hutchings, S. / Miazhevich, G. / Nickels, H. (2008): The Impact of 'Islamic Extremism' on Television News Representations of Multiculturalism: A Comparative Analysis (Russia , UK , France). In: *Russian Journal of Communication*, 1.1, S. 43-69
- fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (Hg.) (2010): *Jahrbuch 2010. Qualität der Medien. Schweiz – Suisse – Svizzera*. Basel: Schwabe Verlag.
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte: wo stehen wir?* München: Kindler.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bände, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Haenggli, Regula / Kriesi, Hanspeter (2010): Political Framing Strategies and Their Impact on Media Framing in a Swiss Direct-Democratic Campaign, in: *Political Communication* 27 (2): 141-157.
- Hafez, K. (2002). Die politische Dimension der Auslandberichterstattung. Band 2: Das Nahost- und Islambild der deutschen überregionalen Presse. Baden-Baden: Nomos.
- Hallin, Daniel C. (2008): Neoliberalism, Social Movements, and Change in Media Systems in the Late Twentieth Century. In: Hesmondhalgh, David / Toynbee, Jason (Hg.): *The Media and Social Theory*, London: Routledge, S. 43-58.
- Hirschman, Albert O. (1994): Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? In: *Leviathan* 22 (2), S. 293-304.
- Huntington, Samuel P. (1993): The Clash of Civilizations? In: *Foreign Affairs*, Jg. 72, 1993/3, S. 22-49.
- Imhof, Kurt (2008): Differenzierungstheorie und sozialer Wandel. In: Kalscheuer, Britta / Allio-Näcke, Lars (Hg.): *Kulturelle Differenzen begreifen. Das Konzept der Transdifferenz aus interdisziplinärer Sicht*, Frankfurt / New York: Campus, S. 235-260.
- Imhof, Kurt (2010): Öffentliche Konflikte vor und nach dem neue Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: Klaus Arnold et al. (Hg.): *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 11-42.
- Imhof, Kurt (2003): Wandel der Gesellschaft im Licht öffentlicher Kommunikation. In: M. Behmer / F. Krotz / R. Stöber / C. Winter (Hg.): *Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel. Beiträge zu einer theoretischen und empirischen Herausforderung und Geschichte*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 153-182.
- Imhof, Kurt (1996): Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz. In: Imhof, Kurt / Kleger, Heinz / Romano, Gaetano (Hg.) *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Zürich: Seismo: S. 173-247.
- Imhof, Kurt / Schranz, Mario (2003): Muslime in der öffentlichen Kommunikation. In: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Hg.): *Les musulmans de Suisse. Muslime in der Schweiz*, Bern, S. 53-62.
- Jarren, Otfried (2001): Mediengesellschaft - Risiken für die politische Kommunikation. In: Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, Jg. 41-42, S. 10-19.
- Jarren, Otfried (1998): Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel. In: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 74-96.
- Kepplinger, Hans Mathias (1998): *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*, Freiburg / München: Alber.
- Klausen, Jytte (2009): *The Cartoons That Shook the World*, New Haven: Yale University Press.
- Kriesi, Hanspeter et al. (2006): Globalization and the transformation of the national political space: six European countries compared, in: *European Journal of Political Research* 45 (6): 921-956.
- Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. In: dies. (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. Free Press, New York, S. 1-64
- Marcinkowski, Frank/Greger, Volker/ Hüning, Wolfgang (2001): Stabilität und Wandel der Semantik des Politischen: Theoretische Zugänge und empirische Befunde. In: Marcinkowski, Frank (Hg.): *Die Politik der Massenmedien. Heribert Schatz zum 65. Geburtstag*, Köln, S. 12-113.
- Mazzoleni, Gianpietro (2003): The Media and the Growth of Neo-Populism in Contemporary Democracies. In: Mazzoleni, Gianpietro / Stewart, Julianne / Horsfield, Bruce (Hg.): *The media and neo-populism: a comparative analysis*. Westport, CT: Praeger, S. 1-20.
- Mazzoleni, Gianpietro (2008): Populism and the Media. In: Albertazzi, Daniele / McDonnell, Duncan (Hg.): *Twenty-First Century Populism. The Spectre of Western European Democracy*, Basingstoke: Palgrave, S. 49-64.
- Meier, Werner A. / Jarren, Otfried (2001): Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Medien und Mediensystem. Einleitende Bemerkungen zu einer (notwendigen) Debatte. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 49, H. 2, S. 145-158.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39, H. 3, S. 541-563.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Münch, Richard (1997): Mediale Ereignisproduktion: Strukturwandel der politischen Macht. In: Hradil, Stefan (Hg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Campus, S. 696-709.
- Parsons, Talcott (1976): Der Begriff der Gesellschaft: Seine Elemente und ihre Verknüpfungen. In: Jensen, Stefan (Hg.): Zur Theorie sozialer Systeme, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 121-160.
- Peters, Rood / Vellenga, Sipco (2007): Contested Tolerance: Public Discourse in the Netherlands on Muslim Migrants. In: Wohlrab-Sahr, Monika / Tezcan, Levent (Hg.): Konfliktfeld Islam in Europa (Soziale Welt, Sonderband 17), Baden-Baden: Nomos, S. 221-240.
- Peters, Bernhard (2001): Deliberative Öffentlichkeit. In: Wingert, Lutz / Günther, Klaus (Hg.): Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 655-677.
- Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Poole, Elizabeth (2002): Reporting Islam. Media Representation of British Muslims, I.B. Tauris: London.
- Poole, Elizabeth / Richardson, John E. (Hg.) (2006): Muslims and the News Media, I.B. Tauris: London.
- Rauchenzauner, Elisabeth (2008): Schlüsselereignisse in der Medienberichterstattung, Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schiffer, S. (2005). Die Darstellung des Islam in der Presse. Sprache, Bilder, Suggestionen. Eine Auswahl von Techniken und Beispielen, Würzburg: Ergon Verlag.
- Schmidt, Manfred G. (2008): Demokratietheorien. Eine Einführung (4. überarbeitete und erweiterte Aufl.). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Schneider, Maria-Luise (2003): Zur Rationalität von Volksabstimmungen. Der Gentechnikkonflikt im direktdemokratischen Verfahren. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Vatter, Adrian / Milic, Thomas / Hirter Hans (2011): Das Stimmverhalten bei der Minarettverbots-Initiative unter der Lupe, in: Vatter, Adrian (Hg.): Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie, Zürich: NZZ-Verlag, S. 144-170.
- Walgrave, Stefaan / Lefevere, Jonas / Nuytemans, Michiel (2009): Issue Ownership Stability and Change: How Political Parties Claim and Maintain Issues Through Media Appearances, in: *Political Communication* 26 (2): 153–172.
- Weber, Max (1985): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen: Mohr.